:antifaschistische nachrichten Nr. 25/26
g 3336 15.12.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

DVU schafft sich ab

Auf ihrem außerordentlichen Parteitag zur Fusion mit der NPD im thüringischen Kirchheim hat die DVU erneut ihr internes Chaos offenbart. Bereits knapp eine Stunde nach dem Beginn der Veranstaltung verließen die Mitglieder der Landesverbände Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig Holstein unter Protest den Parteitag. Der Grund: Anträge, die die Fusionsgegner bereits im September eingereicht hatten, fehlten auf der Tagesordnung in Kirchheim. Man werde juristische Schritte einleiten und die Beschlüsse des Parteitages gerichtlich anfechten, sagte Wiechmann vor dem Tor der „Erlebnisscheune" des „Hotels romantischer Fachwerkhof" in Kirchheim. Dort verwehrten die Ordner um den NPD-„Ordnungsdienst" von Manfred Börm der Presse den Zutritt. Akkreditierungswünsche von einzelnen Journalisten waren mit Hinweis auf die begrenzten Plätze bereits in den Tagen zuvor abgelehnt worden.

Dabei war das parteiinterne Interesse an dem sog. „Verschmelzungsparteitag" gering: inklusive Personal und Gästen aus der NPD zählten die Beamten des Ordnungsamtes rund 160 Besucher. Erst am Freitagnachmittag hatte das Verwaltungsgericht der Partei die Nutzung der „Erlebnisscheune" gestattet mit der Auflage, dass die Obergrenze von 250 Personen eingehalten werden müsse.

Das Ergebnis der Abstimmung überraschte nach dem inszenierten Abzug der Fusionsgegner wenig: Bei 70 Ja und sechs Nein-Stimmen votierte die DVU für die „Verschmelzung" mit der NPD, drei Mitglieder enthielten sich.

Die für den Zusammenschluss notwendige Urabstimmung unter den NPD-Parteimitgliedern ist bereits durchgeführt und brachte eine Zustimmung von mehr als 95 Prozent. Für die knapp 4000 Mitglieder der DVU-Partei steht diese Befragung noch aus.

Begleitet wurde der Parteitag von Protesten des ‚Kirchheimer Bündnis gegen Rechts'. *Quelle: http://npd-blog.info* ■

Die Nr. 1-2011 der Antifaschistischen Nachrichten erscheint am 13. Januar 2011. Allen Leserinnen und Lesern wünschen wir erholsame Feiertage und ein friedliches Neues Jahr.



Foto: Karin Richert

Den Nazis im Februar 2011 in Dresden erneut entgegentreten!

Anlässlich der Luftangriffe durch Alliierte im Februar 1945 auf Dresden planen Nazis für 2011, wie schon viele Jahre vorher, einen Marsch durch Dresden, zu dem sie europaweit mobilisieren.

Die Zahlen der Demonstrationsteilnehmerinnen und Teilnehmer im Jahr 2009 sprechen für sich: mit 7000 Nazis auf der Straße, hat Dresden eine herausragende Bedeutung in faschistischen, nationalsozialistischen und rechtskonservativen Kreisen. Seit Beginn der Aufmärsche stiegen die Zahlen und die Umfeldaktivitäten stetig.

Um Naziaufmärschen dieser Größenordnung wirksam entgegentreten zu können, ist es notwendig, den antifaschistischen Protest nicht nur auf breitere Füße zu stellen, sondern ihn auch nachhaltig zu verankern – das zumindest haben die antifaschistischen Proteste der letzten Jahre in Dresden gezeigt.

2011 ist der 66. Jahrestag der Luftangriffe auf Dresden. Im Februar 2010 haben wir den faschistischen Kräften eine Niederlage zugefügt. Von den Jungen Landsmannschaften bis zur NPD gab und gibt es Überlegungen, diese 2011 wieder wettzumachen. Ihr genaues Konzept werden die Nazis mit uns nicht verhandeln. Aktuell scheinen sie den 13. und 19. Februar 2011 marschieren zu wollen. Das fordert von uns ein hohes Maß an Flexibilität und Kreativität. Jetzt wollen wir im kommenden Jahr auch inhaltlich einen Schritt weitergehen, indem wir uns kritisch mit der offiziellen Erinnerungskultur auseinandersetzen.

Wir wollen gemeinsam diskutieren, warum die Nazis sich den 13.2. in Dresden Jahr für Jahr als Aufmarschort zu diesem Datum vornehmen.

Wir wollen den Mythos von der unschuldigen Stadt Dresden kritisch in den Blick nehmen und die Opfer des nationalsozialistischen Terrors sowie des Zweiten Weltkrieges in den Focus rücken.

Wir wenden uns gemeinsam gegen jede Art von Geschichtsrevisionismus.

In diesem Sinne: Stoppen wir auch im Februar 2011 die Nazis in Dresden und blockieren dort, wo es notwendig sein wird, um einen Marsch zu verhindern!

Menschen, die sich mit friedlichen Blockaden den Nazis entgegenstellen, sind keine linken Chaoten. Es sind Menschen, die aus der Geschichte die richtigen Schlussfolgerungen gezogen haben: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! No pasaran! Sie werden nicht durchkommen!

Dazu brauchen wir Euch! Mobilisiert eure Freundinnen und Freunde sowie Bekannte! Kommt im Februar 2011 nach Dresden und beteiligt Euch an den Blockaden!

Mehr Infos dazu unter www.antifa.dielinke-sachsen.de ■

Bibliothek des „Konservatismus“

Berlin. Noch ein gutes halbes Jahr wird es dauern, bis die Bibliothek der „Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung“ (FKBF) in Berlin ihren Bestand zugänglich machen kann, schätzt Bibliotheksleiter Wolfgang Fenske. Der ehemalige Redakteur der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und Dieter Stein, Chefredakteur des Blattes und zugleich Vorsitzender des Stiftungsrats der FKBF, stellten Ende November auf einer zweiten Bibliothekstagung den Stand des Projektes vor. Im Jahr 2008 hatte man die etwa 20000 Bände umfassende Privatbibliothek des 2009 verstorbenen Caspar von Schrenck-Notzing, ehemals Herausgeber der extrem rechten Zeitschrift „Criticon“, als Grundstock der Sammlung übernommen und nach Berlin gebracht. Seitdem sind mehrere tausend weitere Bücher aus Spenden hinzugekommen, sodass der derzeitige Buchbestand der Bibliothek auf etwa 40000 Bände geschätzt wird. Im nächsten Sommer hofft man, die auf einer Fläche von 300 Quadratmeter untergebrachte und über acht Lesearbeitsplätze sowie einen Raum für Tagungen verfügende „konservative Forschungs- und Begegnungsstätte“ der Öffentlichkeit zugänglich machen zu können. *hma* ■

„Compact“ erschienen

Berlin/Werder(Havel). Anfang Dezember ist die lange angekündigte erste Ausgabe der Querfront-Zeitschrift „Compact“ erschienen. „Der Linke muß anfangen, mit dem Rechten zu diskutieren“, schreibt Chefredakteur Jürgen Elsässer im Editorial und plädiert dafür, dass die Tabus fallen müssen, sonst sterbe das Land an „intellektueller Austrocknung“. Dabei dürfte Elsässers Aussage, sein Herz schlage immer noch links, allerhöchstens noch in medizinischer Hinsicht zutreffend sein. In der Praxis sieht das so aus, dass gleich auf der zweiten Seite eine ganzseitige Anzeige der Zeitung „Deutsche Sprachwelt“ abgedruckt ist, in der von einem angeblichen „Ausverkauf der deutschen Sprache“ die Rede ist und deren langjähriger „Schriftleiter“, Thomas Paulwitz, auch für die rechte Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ schreibt.

Der Herausgeber der rechtsliberalen Zeitschrift „eigentümlich frei“, Andre F. Lichtschlag, der noch im vergangenen Jahr mit einem Preis der „Jungen Freiheit“ geehrt wurde, schwadroniert in seinem Beitrag über Hendryk M. Broders „Vorstöße in der deutschen Islam-Debatte“. Der rechte Publizist Rolf Stolz aus Köln, in den 1980er Jahren Sprecher der maßgeblich von „nationalrevolutionären“ Neofaschisten initiierten „Linken Deutschland-Diskussion“, bricht in seinem Beitrag eine Lanze für Thilo Sarrazin. Martin Lohmann, Chef des „Lebensschützer“-Verbandes „Bundesverband Lebensrecht“ und Mitgründer des „Arbeitskreis Engagierter Katholiken“ in der CDU, schreibt „von der Lust, katholisch zu sein“, Oliver Janich, Chef der neoliberalen Kleinpartei „Partei der Vernunft“ und Autor des Buches „Das Kapitalismus-Komplott“, in dem es um „geheime Zirkel der Macht und ihre Methoden“ geht, preist den als „Guru des Neoliberalismus“ geltenden Friedrich August von Hayek, und Andreas Rieger und Sulaiman Wilms von der „Islamischen Zeitung“ werben für den Islam als „alternative Inspiration“.

Neben diverser Werbung für Veröffentlichungen aus dem Kai Homilius-Verlag, der den Vertrieb von „Compact“ übernommen hat, finden sich in der ersten Ausgabe eine Reihe Inserenten wieder, die man bereits aus einschlägig rechten Publikationen kennt. Sofern die Herausgeber die Startauflage von 10000 Exemplaren halten könnten, so die „Junge Freiheit“ (49/2010), sei die Zeitschrift „lebensfähig“. Eine monatliche Erscheinungsweise sei erst ab „Juni 2011“ vorgesehen. Bis dahin wirbt „Compact“ massiv um „stille Gesellschafter“ für das Querfront-Projekt, das sich auf die Fahnen geschrieben hat, für „eine Vielfalt der Kulturen und Identitäten“ einzutreten und „den Totalitarismus der Neuen Weltordnung“ attackieren zu wollen. *hma* ■

In Treue fest

Bottrop-Kirchhellen. Auch im vierten Anlauf scheiterte der Versuch mehrerer Fraktionen, den Namen des ehemaligen Freikorpsführers Wilfried von Loewenfeld (1897-1946) aus dem Ortsbild des Bottroper Stadtteil Kirchhellens zu tilgen. Mit den Stimmen von CDU, FDP und – entgegen der Empfehlung ihrer eigenen Ratsfraktion – auch der SPD wurde der Antrag auf Umbenennung der Straße in der Kirchhellener Bezirksvertretung abgelehnt.

Zuvor hatten sich von den 123 Anwohnern der Straße 92 gegen eine Umbenennung ausgesprochen.

In den Reihen der lokalen CDU hatte es Kritik an dem Umbenennungsbegehren gegeben. So sei es „anmaßend“, Geschichte im Nachhinein zu bewerten. Zudem hätten die Spartakisten 1920 den Ort „bedroht“ und die Lowenfeld-Brigade habe Kirchhellen damals „befreit“. Befürworter der Umbenennung werfen der Freikorps-Einheit Antisemitismus vor und verweisen darauf, dass diese schon 1920 mit Hakenkreuzen auf den Fahrzeugen in Bottrop eingerückt war. *hma* ■

Zug der Erinnerung

Nürnberg. Demo der Initiative „Zug der Erinnerung“ in Nürnberg gegen die Entschädigungspraxis der Deutsche Bahn AG gegenüber den Überlebenden der Shoah.

Am Samstag, den 4.12.2010 kamen in Nürnberg ca. 500 Menschen trotz Minustemperaturen dem Aufruf der Initiative „Zug der Erinnerung“ nach, gegen das Geschichtsverständnis und die Entschädigungspolitik der Deutschen Bahn zu demonstrieren, die das Kapitel „Reichsbahn“ und die Mittäterschaft an den Deportationen im Nationalsozialismus in der ab Montag stattfindenden 175 Jahresfeier verschweigt und ausblendet.

Die Demo musste durchgeklagt werden, weil die Stadt Nürnberg – die Stadt der „Nürnberger Prozesse“ und die sogenannte „Stadt der Menschenrechte“– und die DB – vormals „Reichsbahn“ – die Demo verbieten lassen wollten.

Unter den DemonstrationsteilnehmerInnen waren unter anderem ZeitzeugInnen und Überlebende der Shoah aus der Ukraine und Russland.

Außerdem sprach der in Nürnberg lebende Josef Jakubowicz, 1925 in Oswiecim/Auschwitz geboren, an einem Gedenkstein einer im Nationalsozialismus zerstörten Synagoge in der Essweinstraße, die auf dem Weg der Demonstrationsroute lag.

Lokale Politprominenz hat – Überraschung – mit Abwesenheit geglänzt.

Die Abschlusskundgebung fand direkt am Eingang des DB-Museums statt, wo ab Montag der Politprominenz „Kulinarisches aus allen Epochen der Eisenbahn“ kredenzt werden wird. Wahrscheinlich stoßen sie bei der Epoche „Nationalsozialismus“ mit Schampus an, denn dieses Kapitel deutscher Eisenbahn war für die Damen und Herren dieser Klasse natürlich sehr profitabel.

Quelle indymedia ■

Rechtsradikale greifen in Sofia Roma an

Sofia. Rechtsradikale Skinheads haben in der bulgarischen Hauptstadt Sofia zwei junge Roma angegriffen und dabei einen von ihnen schwer verletzt. Wie die städtischen Behörden mitteilten, ereignete sich der Angriff am Donnerstagabend in einem Bus im Stadtzentrum. Der Schwerverletzte sei mit einem Schädelbruch und einer Gehirnverletzung ins Krankenhaus eingeliefert worden, befinde sich aber nicht in Lebensgefahr. Das andere Opfer habe keine schweren Verletzungen erlitten.

Angehörige der Roma-Minderheit haben in Bulgarien unter Diskriminierun-

gen zu leiden und sind immer wieder Ziel gewalttätiger Überfälle.

Quelle: „Roma Virtual Network“ 6.12.10 ■

Marine Le Pen löst durch üblen „Vergleich“ heftige Reaktionen aus

PARIS. Definitiv möchte Marine Le Pen das Ausscheidungsrennen um den Vorsitz des Front National (FN) gewinnen. Am vergangenen Freitag, den 10. Dezember besuchte sie die FN-Sektion in Lyon – die Hochburg ihres Rivalen Bruno Gollnisch, die als „radikaler“ Kreisverband gilt. Um sich den Applaus dieses neonazistisch angereicherten Parteiverbands zu sichern, gab sie dabei auch einige Bonmots zum besten.

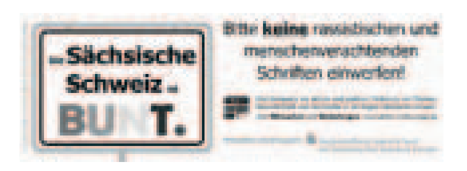
Das wichtigste, welches heftige Reaktionen aus der etablierten Politik und die Ankündigung einer Strafanzeige durch die Antirassismusbewegung MRAP hervorrief: „Jene, die so gern vom Zweiten Weltkrieg und der Besatzung reden, hätten Gelegenheit, sich mal wirklich um eine echte Besatzung zu kümmern“, in Form von „Straßengebeten“ moslemischer Gemeinden, die – angeblich oder tatsächlich – in einigen französischen Städten stattfänden. Dabei handele es sich um „eine echte Besetzung von Teilen unseres Staatsgebiets, auch wenn sie dieses Mal ohne Panzer und Soldaten auskommt.“

Ausführlicheres zum Ausscheidungskampf an der Spitze des Front National in unserer kommenden Ausgabe.

BhS, Paris ■

Braune Propaganda vom Hals halten

SACHSEN. Mit der Größe von 3,5 mal 10,5 cm passt er genau auf die Klappe ei-



nes Briefkastenschlitzes. Er – das ist ein Briefkastenaufkleber mit der Aufschrift: „Bitte keine rassistischen und menschenverachtenden Schriften einwerfen!“

Herausgegeben wurde der Aufkleber von der Aktion Zivilcourage e.V. im Rahmen der Kampagne „Die Sächsische Schweiz ist BUNT.“ Braune Propaganda kann man sich damit aus dem Briefkasten und somit vom Hals halten. Es erspart auch den Gang zum Mülleimer. Und es ist ein eindeutiges Zeichen gegen Rassismus und Antisemitismus und für ein friedliches Zusammenleben.

Die Aktion Zivilcourage weist darauf hin, dass ein Zuwiderhandeln einige Hundert Euro kosten kann. Grundlage ist ein Urteil des Bundesgerichtshofes (Az: VI ZR 182/88). Darin ist entschieden worden:

1. Dem Eigentümer oder Besitzer einer Wohnung, der sich durch einen Aufkleber an seinem Briefkasten gegen den Einwurf von Werbematerial wehrt, steht gegenüber dem Werbenden ein Unterlassungsanspruch zu, wenn es dennoch zum Einwurf von Werbematerial kommt.

2. Nach Auffassung des Bundesgerichtshofes führt der Einwurf von Werbesendungen in den Briefkasten des Klägers zu einer Verletzung seines Persönlichkeitsrechts sowie zur Eigentums- und Besitzstörung.

Zur Information oder zum Nachmachen kann der Aufkleber bestellt werden unter: www.aktion-zivilcourage.de/Bestellen.4102

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt November/Dezember 2010“ ■

Zentralrat verurteilt Anschlag auf Gedenkstele

MERSEBURG. In der Nacht zum 23. November wurde die im September 2010 neu gesetzte Gedenkstele für die während des Holocaust ermordeten Sinti und Roma im Zentrum der Stadt Merseburg beschädigt.

Bereits im Frühjahr 2010 wurden zwei Anschläge verübt. Damals konnte ein Täter ermittelt werden. Diese erneute, offensichtlich rechtsextremistisch motivierte Tat sei Ausdruck von tiefer Menschenverachtung und mache deutlich, dass zum Schutz und Erhalt unserer demokratischen Grundwerte weiterhin äußerste Wachsamkeit geboten sei, so der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose. Der rechtsradikale Hintergrund der Tat ist für den Zentralrat offenkundig.

Die von der Geschichtswerkstatt Merseburg-Saalekreis aufgestellte Stele erinnert an die aus Merseburg nach Auschwitz und anderen Konzentrations- und Vernichtungslagern verschleppten Sinti und Roma. Im Jahr 1943 wurden aus Merseburg 12 Sinti und Roma in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert und in den Gaskammern ermordet. Insgesamt wurden 500.000 Sinti und Roma Opfer des nationalsozialistischen Völkermordes.

In Merseburg wird gegenwärtig die Ausstellung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma unter dem Titel „Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma“ gezeigt. Die Ausstellung ist noch bis zum 12. Dezember im Schlossgartensalon in Merseburg zu sehen und wird von der Geschichtswerkstatt Merseburg betreut.

Quelle: Pressemitteilung Zentralrat Deutscher Sinti und Roma 29.11.10 Roma Virtual Network ■

Agnes-Miegel-Straße umbenannt

ERFTSTADT. Agnes Miegel, heute nur noch Wenigen als ostpreußische Heimatdichterin bekannt und (laut Wikipedia) „ein literarisches Aushängeschild des NS-Regimes“, verfasste u.a. Huldigungsgedichte an den „Führer“. Aber auch nach der Befreiung vom Faschismus wurde ihr Name in der Bundesrepublik hochgehalten. So war es nicht nur normal, dass die Lyrikerin zu ihrem 100. Geburtstag von der Deutschen Bundespost mit einer Sondermarke geehrt wurde, es wurden in vielen Orten auch Schulen oder Straßen nach ihr benannt.

Zumindest in Erftstadt hat sich das jetzt erledigt: Mit großer Mehrheit beschloss der Hauptausschuss des Rates auf Initiative junger örtlicher Antifaschist(inn)en, die der rechten Dichterin gewidmete Straße umzubenennen. In Bergisch-Gladbach, wo es ebenfalls eine „Agnes-Miegel-Straße“ gibt, werden mittlerweile ebenfalls Stimmen laut, den peinlichen Straßennamen zu ändern. *tri* ■

Rechtsradikale stören Filmpremiere:

WUPPERTAL. Die Premiere des neuen Dokumentarfilms „Das braune Chamäleon“ (S. 7) wurde am 30.11.2010 im Wuppertaler CinemaxX von Rechtsextremen gestört. 15 bis 20 junge Rechtsradikale randalierten im Foyer des Kinos, griffen einen Ordner an und sprühten Pfefferspray gegen Kinobesucher/innen. Außerdem wurden rassistische Parolen skandiert. Bei der Aktion wurde ein Ordner verletzt und viele Besucher/ innen hatten durch das Pfefferspray der Rechten Reizungen in den Augen.

Beim Eintreffen der Polizei flüchteten die Rechten, einer von ihnen konnte durch einen Ordner festgenommen und der Polizei übergeben werden. Die Filmpremiere wurde mit einiger Verspätung dann mit anschließender Diskussion durchgeführt. Im Verlauf des Abends konnten 12 weitere beteiligte Rechtsradikale in der Stadt von der Polizei festgenommen werden.

Quelle: Medienprojekt Wuppertal, ibs Köln Newsletter

Das braune Chamäleon-Neuer Film des Medienprojekts Wuppertal

Die Erscheinungsform von Rechtsextremen hat sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Neonazis wie die „Autonomen Nationalisten“ sind auf den ersten Blick kaum zu unterscheiden von den Angehörigen linker Subkulturen. Rechtspopulisten wie die Mitglieder der „Pro-Bewegung“ versuchen, sich bürgernah zu geben. →

Der Film beschreibt diese Strömungen aus verschiedenen Blickwinkeln: Hans-Peter Killguss vom NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln beschreibt Ausprägungen der rechten Szene.

Matthias Adrian war Funktionär bei der NPD, distanzierte sich aber nach und nach von der rechtsextremen Ideologie. Er berichtet von seinen Erlebnissen als organisierter Neonazi. Andreas ist als 11-Jähriger zu einer Gruppe Rechtsradikaler



gestoßen. Er beschreibt, welchen Reiz sie auf ihn ausübte.

Schüler und Lehrer berichten über den Umgang mit der Thematik Rechtsextremismus an der Schule.

Veranstaltungen von „pro NRW“ und den „Autonomen Nationalisten“ sowie Gegenkundgebungen werden dokumentiert.

Außerdem behandelt der Film die Frage, welche Möglichkeiten des Widerstandes möglich und sinnvoll sind.

Bonusmaterial:

Einfach mit dem Strom? – Mädchen in der rechten Szene. Es werden Expertinnen gegen Rechtsextremismus und eine ehemalige Mitläuferin der rechten Szene interviewt. Interview mit Christiane Schneider von Jugendschutz.net über Rechtsextreme im Netz. Ausführliches Gespräch mit Matthias Adrian.

Zu beziehen über:
Das braune Chamäleon, 2010,
90 Min., freigegeben ab 12 Jahren,
als DVD erhältlich. Kaufpreis 30,– Euro, Ausleihe 10,– Euro
Medienprojekt Wuppertal,
Hofaue 59, 42103 Wuppertal,
Fon: 0202-563 26 47
Fax: 0202-446 86 91
info@medienprojekt-wuppertal.de
www.medienprojekt-wuppertal.de

Oberst, Weihbischof und Neonazis – im Haus der „Burschenschaft Germania Königsberg“ darf jeder einmal referieren

Hamburg. Am kommenden Mittwoch soll Oberst Uwe Hartmann, Leiter des Studentenbereichs der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr (HSU) auf dem Haus der schlagenden Verbindung zum Thema „Der Soldat in Politik und Gesellschaft“ vortragen. Einen Teil des Publikums dürfte der Oberst schon kennen, denn unter Hamburgs Waffenstudenten befinden sich besonders viele Studenten der HSU. Schließlich schwören diese anachronistischen Männerbünde nicht für ihre persönliche Ehre mit dem Säbel, sondern auch für das Vaterland mit der Waffe zu kämpfen. Dass dieses Vaterland größer sei als Deutschland bekräftigten die Burschenschafter aus der Heimhuderstraße, als sie 2005 zusammen mit anderen Verbindungen aus dem Hamburger Waffenring einen Königsberg-Kommers feierten. Dort wurde im Programmheft behauptet, Kaliningrad, das frühere Königsberg, sei eine Stadt der „Unfreiheit und der Fremdbestimmung“. Zur Bekräftigung, wer die Stadt heute regieren müsse, wurde beim Kommers das Deutschlandlied mit allen drei Strophen gesungen. Maas und Memel bilden bis heute die Grenzen des burschenschaftlichen Vaterlandsbegriffs.

Auch Österreich gehört laut burschenschaftlicher Weltanschauung zum deutschen Vaterland und hierher kamen 2010 zwei Referenten, welche in den letzten Jahren auch für die NPD und deren Umfeld Vorträge hielten. Für deren Vorträge stellten die Königsberger ihr Haus der neofaschistischen Kulturorganisation „Norddeutscher Kulturkreis e.V.“ zur Verfügung. Im April kam Richard Melisch, um zum Thema „Die Völker Lateinamerikas befreien sich vom Joch der Globalisierung“ zu referieren. In den Jahren zuvor absolvierte Melisch eine Vortragstournee zu diversen Gesprächskreisen der NPD. 2008 schrieben die „Jungen Nationaldemokraten“, Jugendorganisation der NPD, nach einem solchen Vortrag: „Die JN Heilbronn dankt Richard Melisch für Wahrheiten aus erster Hand, und dass er uns an seinem reichen Erfahrungsschatz teilhaben ließ.“

An seinem Erfahrungsschatz ließ Neonazi Walter Marinovic die Gäste im Burschenhaus sogar schon zweimal teilhaben. Zuletzt im Mai 2010, als die ZuhörerInnen seinen rassistischen Thesen zu „Überfremdung und Islamisierung Europas“ lauschen durften. Marinovic gehört nach Auskunft der Leiterin des „Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands“, Brigitte Bailer, zum „rechten Rand des Rechtsextremismus“. Selbstverständlich hat Marinovic auch schon bei der NPD referiert.

Der Norddeutsche Kulturkreis lädt ein:
Vortrag von Herrn Dr. Walter Marinovic
am Montag, 10. Mai 2010 um 17:00 Uhr
Überfremdung und Islamisierung Europas
Heimhuderstraße 34, im Haus der
Burschenschaft Germania zu Königsberg
Kostenbeitrag 6,– €

Der Hamburger Senat, respektive Innenbehörde und Geheimdienst, erklärte im Mai dieses Jahres zu den Vorgängen bezüglich der Vergangenheit des Kulturvereins: „Führende Mitglieder des Vereins hatten einen rechtsextremistischen Vorlauf oder unterhielten Verbindungen zum Rechtsextremismus“ und aktuell gäbe es laut Amt „vereinzelt Erkenntnisse über Aktivitäten des Vereins und über Exemplare der Zeitschrift ‚Die Warte‘, die vom Landesamt für Verfassungsschutz auf ihre verfassungsschutzrechtliche Relevanz hin überprüft werden.“

Detaillierte Nachfragen zur Verquickung von Burschenschaft, Kulturkreis und Neonazis wurden mit Verweis auf das Geheimdienstgesetz abgewehrt. Für den damaligen Leiter des Dienstes Heino Vahldieck, schlagenden Verbindungen eng verbunden, und den damaligen Innensenator und Conkneipanden Christoph Ahlhaus hätte es allerdings auch peinlich werden können: In den vergangenen Jahren kandierten mindestens fünf Burschenschafter der Germania Königsberg auf Listen des CDU-nahen „Ring Christlich-Demokratischer Studenten“ (RCDS).

Die Verbindung aus der Heimhuderstraße ließ die Senatsantwort, ebenso wie Medienberichte und Proteste bisher unbeeindruckt. Man stellt dem „Norddeutschen Kulturkreis“, wie schon seit Jahren, immer noch monatlich die Räume zur Verfügung. Ob es der christlichen Moral entspricht, in einem solchen Umfeld zu referieren? Weihbischof Hans-Jochen Jaschke, Alter Herr einer katholischen Verbindung, ist jedenfalls für Januar mit dem Vortrag: „Wie steht’s um die Ethik?“ angekündigt.

Felix Krebs ■

Quellen:
Drucksache 18/2172, Drucksache 19/6267
http://www.germania-koenigsberg.org/semesterprogramm.html
http://www.gruene.at/uploads/media/Marinovic.pdf
diverse Ausgaben der Zeitschrift „Die Warte“
eigene Recherche

Der „Eisbrecher“ gegen die „Denkverbote der political correctness“ –

Die Pro-Bewegung und die Sarrazin-Debatte

Wie nicht anders zu erwarten war, wurden die biologistischen, klassistischen und rassistischen Thesen von Thilo Sarrazin in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ von der Pro-Bewegung positiv bewertet. Eine genauere Betrachtung des Werkes von Sarrazin fehlt jedoch: es wurde weder eine Rezension oder Zusammenfassung des Buches veröffentlicht oder darauf hingewiesen, noch die anschließende vehemente Diskussion in Politik, Wissenschaft und interessierter Öffentlichkeit nachgezeichnet.

Die Pro-Bewegung sieht Sarrazin als „medialen Eisbrecher“, der es „geschafft“ hat, dass „die von ihnen angesprochenen Themen gesellschaftsfähig“ wurden und in den Medien wochenlang diskutiert wurden: „Plötzlich gilt all das als diskussionswürdig, was zuvor noch durch ‚politisch korrekte’ Denk- und Sprechverbote tabuisiert war: die Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme, kulturelle und religiöse Integrationsprobleme, Ausländerkriminalität, Bildungs- und Arbeitsmarktprobleme aufgrund fehlender Deutschkenntnisse, Inländerdiskriminierung und Deutschenfeindlichkeit unter Jugendlichen, die Ghettoisierung ganzer Stadtteile, die Notwendigkeit einer deutschen Leitkultur, etc.“[1] Für den dubiosen „Finanzier“ der Pro-Bewegung, Patrick Brinkmann, hat Sarrazin „einen unerhörten Dienst für Deutschland geleistet“, indem er „Tabus aufgebrochen und eine Diskussion in Gang gebracht“ hat.[2]

Ohne sich auf eine offizielle Statistik oder Umfrageergebnisse zu stützen, ist sich die Pro-Bewegung sicher, dass eine Mehrheit der Bevölkerung die Thesen Sarrazins teilt.[3] Dank Sarrazins Buch würden sich nun immer mehr Menschen trauen, „endlich ehrlich ihre Meinung zu bestimmten Themen zu sagen.“ Die Pro-Bewegung sieht in der Veröffentlichung Sarrazins eine Art politischen Dammbruch: „Es ist so, als wäre plötzlich ein frischer Wind in das stickige und muffige geistige Klima dieses Landes gelassen worden.“[4]

Angeblich profitiert die Pro-Bewegung von der Sarrazin-Debatte ganz erheblich. Sie erlebe „seit Wochen eine Eintrittswelle“, die zu einer Zunahme „auf rund 2000 Mitglieder in 8 Bezirks-und Kreisverbänden“ in Nordrhein-Westfalen geführt hätte. Auch die Anzahl der Teilnehmer an lokalen Veranstaltungen soll seit der Sarrazin-Debatte angewachsen sein. So wurde bilanziert: „Die Menschen trauen sich dank Sarrazin plötzlich, Gesicht zu zeigen für ihre Überzeugungen, mitzumachen bei der größten freiheitlich-konservativen Oppositionsbewegung in Nordrhein-Westfalen und das Joch der ‚Blockwarte der politischen Korrektheit’ endlich abzuwerfen. Ja, jeder einzelne kann sehr wohl etwas bewegen, und Thilo Sarrazin hat viel für die Freiheit in unserem Land erreicht!“[5]

Diese selbst veröffentlichten „Erfolge“ der Pro-Bewegung müssen jedoch mit größter Vorsicht gelesen werden. In der Vergangenheit war es die Regel, dass die Teilnehmer an den von ihr organisierten Veranstaltungen und die eigenen Mitgliederzahlen manipulativ nach oben gerechnet wurden, um sich öffentlichkeitswirksam als einflussreiche politische Kraft darzustellen.[6]

In „Zeiten des Sarrazin-Fiebers“ will die Pro-Bewegung die Sarrazin-Debatte als „Steilvorlage“ dazu nutzen, um parteipolitischen Profit – in welcher Form auch immer – daraus zu ziehen: „Jetzt liegt es an der organisierten patriotischen Opposition, aus dieser Steilvorlage etwas zu machen. Der Eisbrecher Sarrazin hat eine erste Schneise geschlagen – jetzt müssen wir mithelfen, diese Schneise offen zu halten und zu erweitern. Deswegen wird pro NRW in den nächsten Monaten und Jahren ihre Anstrengungen verdoppeln, um nach der geistigen Wende auch die parteipolitische Wende zu schaffen!“[7] Patrick Brinkmann bemerkte: „Die Rechte darf ihre historische Chance in dieser Situation nicht verpassen. Viele Menschen warten jetzt auf ein Signal, dass nach dem Eisbrecher Sarrazin endlich eine vitale Rechte die politische Bühne betritt.“[8]

Dies soll vor allem durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit geschehen. Der „Generalsekretär“ von Pro NRW, Markus Wiener, äußerte sich folgendermaßen: „Gerade jetzt müsse die Gelegenheit genutzt werden, solange die von Sarrazin aufgestoßenen Türen in der öffentlichen Debatte noch offen sind.“[9]

Die Pro-Bewegung versucht sich als parteipolitische Alternative darzustellen, die die Thesen Sarrazins in die politische Praxis umzusetzen imstande ist. Dies soll durch „den Weg der Kooperation aller seriösen rechtsdemokratischen Kräfte“ auf Bundesebene forciert werden, wobei vor allem eine „Annäherung“ an die „Republikaner“ erreicht werden soll.[10]



Foto: Karin Richert

Eine der Kernforderungen der Pro-Bewegung ist dabei die Akzeptanz der „Ungleichheit zwischen den Menschen“: „Thilo Sarrazin bringt mit dieser Argumentation die von den Linken seit 40 Jahren erfolgreich verbreitete Propaganda der Gleichheit ins Wanken. Gleichheitswahn führt zur Zerstörung der gesellschaftlichen Fundamente. Es ist eine unerträgliche Unterstellung, dass man stets als Rassist bezeichnet wird, wenn man diese augenfälligen Unterschiede zwischen den Menschen auch nur nüchtern erwähnt. Es gibt keine homogene Gesellschaft, oder um es andersherum zu sagen: Die homogenisierte, links-ideologisch hoch erhitzte Gesellschaft ist genauso steril wie H-Milch. Aus ihr kann nichts mehr entstehen, wachsen. Wenn wir dem Problem dieser Abwärtsspirale überhaupt begegnen wollen, dann müssen wir zunächst die Ungleichheit zwischen den Menschen wieder anerkennen, Elite fördern und nicht unter Faschismusverdacht stellen, die Bedingungen für die Leis-

tungsträger in Deutschland verbessern."[11]

Der seit Jahrzehnten in der extrem rechten Szene verankerte Vorsitzende von Pro Deutschland, Manfred Rouhs, bot Sarrazin im Falle eines Parteieintritts den Vorsitz von Pro Deutschland an. Rouhs bemerkte: „Wir würden in diesem Fall unverzüglich eine Bundesversammlung durchführen. Ich würde vom Bundesvorsitz zurücktreten und Sarrazin für dieses Amt vorschlagen. Mit ihm an der Spitze ließe sich das Parteiengefüge mühelos aufrollen. Demoskopen veranschlagen unser Wählerpotential im Bereich von etwa 20 Prozent der Stimmen. Sarrazin wäre der richtige Mann, um dieses Potential vollständig zu erschließen."[12]

Diese vollmundige Ankündigung von Rouhs kann jedoch nicht wirklich ernst genommen werden. Rouhs wird aufgrund seiner jahrzehntelangen politischen Erfahrungen selber wissen, dass Sarrazin nicht in eine neu gegründete Splitterpartei eintreten würde, um seinen Thesen einen parteipolitischen Rahmen zu geben. Es liegt der Verdacht nahe, dass der Vorschlag eine Selbstinszenierung ist, um in den Focus der medialen Öffentlichkeit zu kommen. Ohne die mediale Aufmerksamkeit dürfte es für Pro Deutschland im Hinblick auf die im kommenden Jahr stattfindenden Wahlen in Berlin schwer werden, über eine Rolle als Splitterpartei hinauszukommen.

Am 3.10.2010 fand eine „Solidaritäts-Kundgebung" von Pro Deutschland für Thilo Sarrazin vor der Berliner Gedächtniskirche statt, an der nach eigenen Angaben 100 Menschen teilgenommen hätten.[13] Diese sog. öffentlichkeitswirksame Demonstration wird mit der kruden These gerechtfertigt, dass nach Sarrazins Ausschluss aus dem Vorstand der Bundesbank in der Bundesrepublik die „Meinungsfreiheit in Gefahr" wäre. Die Pro-Bewegung, die selbst schon in mehreren Verfassungsschutzberichten als rechtsextrem eingestuft wurde, will nun selbst das Grundgesetz „gegen Verfassungsfeinde" verteidigen. Diese „Verfassungsfeinde" seien in der herrschenden politischen Klasse zu finden: „Es geht um mehr und um etwas anderes als den Rauschmiß einer Einzelperson aus bestimmten Ämtern: Sarrazin ist zum Symbol für das mittlerweile aufgekommene Erfordernis geworden, die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gegen Verfassungsfeinde zu verteidigen. Und die sitzen heute nicht mehr nur an den politischen Rändern, sondern oben!"[14]

Diese Strategie, sich selbst vom Stigma der Verfassungsfeindlichkeit zu befreien und im Umkehrschluss die politischen Entscheidungsträger als „Verfassungsfeinde" zu brandmarken, wird schon seit Jahren angewendet, um die eigene politische Glaubwürdigkeit zu stärken.[15]

Insgesamt gesehen betrachtet die Pro-Bewegung das Buch Sarrazins und die anschließende Diskussion um seine Thesen als Bruch mit der angeblich herrschenden „political correctness" in der Bundesrepublik, die die Schwerpunkte der Pro-Bewegung (antimuslimischer Rassismus, Integration, Migration) gesellschaftsfähig gemacht hat. Die Pro-Bewegung will die Sarrazin-Debatte als Steilvorlage für ihren eigenen parteipolitischen Erfolg nutzen.

Michael Lausberg ■

Anmerkungen:

1 www.pro-nrw.net/?p=2860
2 www.pro-nrw.net/?p=2329
3www.pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&view=article&id=313:alle-gegen-sarrazin&catid=14&Itemid=2
4 Ebd.
5 www.pro-nrw.net/?p=2860
6 Vgl. dazu Lausberg, M.: Die Pro-Bewegung, Münster 2010, S. 95f, S: 105f
7 www.pro-nrw.net?p=2860
8 www.pro-nrw.net/?p=2329
9 www.pro-nrw.net/?p=2692
10 Ebd.
11 www.pro-nrw.net/?p=2329
12www.pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&view=article&id=309:sarrazin-und-pro-deutschland&catid=14&Itemid=2
13 www.pro-berlin.net/?p=1263
14www.prodeutschland.net/index.php?option=com_content&view=article&id=321:solidaritaet-mit-thilo-sarrazin&catid=14&Itemid
15 Lausberg, Die Pro-Bewegung, .a.a.O., S. 81f

Literatur

Lausberg, M.: Die Pro-Bewegung, Münster 2010
www.pro-berlin.net/?p=1263
www.pro-nrw.net/?p=2329
www.pro-nrw.net/?p=2692
www.pro-nrw.net/?p=2860
www.prodeutschland.net/index.php?option=com_content&view=article&id=321:solidaritaet-mit-thilo-sarrazin&catid=14&Itemid
www.prodeutschland.net/index.php?option=com_content&view=article&id=309:sarrazin-und-pro-deutschland&catid=14&Itemid=2
www.pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&view=article&id=313:alle-gegen-sarrazin&catid=14&Itemid=2

Ralph Giordano sagt Beteiligung an extrem rechter „Anti-Islam-Konferenz" in Paris ab

Am 18. Dezember 2010 findet in Paris ein europaweiter „Anti-Islam-Kongress" statt, auf dem – wie Bernard Schmid in den letzten AN dokumentiert hat – zahlreiche Vertreter rechtsradikaler sowie rechtsextremistischer Gruppierungen vertreten sind. Diese Gruppierungen versuchten jedoch, ihre wahre Identität, ihre menschenverachtenden, antisemitischen Bestrebungen zu verbergen. So wird auf dem Veranstaltungsplakat auch der in Köln lebende jüdische Schriftsteller und Schoah-Überlebende Ralph Giordano als Redner angekündigt.

Ralph Giordano hat nun, nachdem ihn Freunde über den rechtsextremistischen Hintergrund dieser menschenfeindlichen, antisemitischen Veranstaltung informiert haben, seine Teilnahme mit einer deutlichen Presseerklärung abgesagt. haGalil berichtet:

„An diesem Dienstag, 7.12.2010 hat sich Ralph Giordano in einem gemeinsam mit Hans-Peter Killguss von der beim städtischen Kölner NS-Dokumentationszentrum angesiedelten „Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs)" verfassten Presseerklärung – die er haGalil zur Veröffentlichung zugeschickt hat – in sehr deutlicher Weise von dieser „Europaweiten Konferenz" dieser antisemitisch-rechtsradikalen und moslemfeindlichen Gruppierungen distanziert und seine Teilnahme abgesagt. Ralph Giordano führt hierin gegenüber haGalil aus:

„Am 18. Dezember 2010 soll unter dem Titel „Assises internationales sur l'islamisation de nos pays" (in etwa „Internationale Tagung über die Islamisierung unserer Länder") in Paris eine Veranstaltung stattfinden, die sich die „Verteidigung der Werte unserer Zivilisation" zum Ziel gesetzt hat. Diese Zusammenkunft verschiedener Politiker, Journalisten und Journalisten wird maßgeblich mitorganisiert vom „Bloc Identitaire", einer Nachfolgeorganisation der ultrarechten Sammelbewegung „Unité Radicale" (UR).

Eingeladen sind Redner, von denen einige aus dem rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Spektrum stammen. Aber auch der Kölner Schriftsteller Ralph Giordano ist angekündigt. Giordano distanziert sich jedoch deutlich von den rechtsextremen Rednern und Veranstaltern und hat, nachdem er über deren Hintergründe informiert wurde, seine Teilnahme abgesagt. Er wurde über den wahren Charakter der Veranstaltung im Unklaren gelassen.

„Ich wurde auf eine falsche Fährt gelockt", so Giordano. Der Publizist, dessen Thesen zum Moscheebau in Köln-Ehrenfeld Zustimmung aber auch Ablehnung erfahren haben, lässt sich von Rassisten nicht instrumentalisieren."

Köln, den 6.12.2010
Ralph Giordano
Quelle: www.hagalil.com ■

„Tomatenprozess“

Tomaten im Widerstandsrecht

München. Am 13. Dezember um 11 Uhr 30 findet in München ein nicht ganz gewöhnlicher Prozess statt. Dem Gericht geht es darum, ob der Wurf zweier kleiner Tomaten den Tatbestand der Körperverletzung erfüllt oder nicht. Dem Angeklagten und seiner Verteidigung aber geht es nicht darum …

Unter dem Titel „Ruhm und Ehre den deutschen Soldaten“ marschierten am 14. November 2009 Neonazis durch München, Leugner der Shoa, Leugner des verbrecherischen deutschen Krieges, Leugner der Massaker der Wehrmacht von Oradour, Lidice, Kephalonia, Distomo, Sant’Anna di Stazzema … Der Aufmarsch wurde von der Versammlungsbehörde zunächst verboten, das Verwaltungsgericht München hob dieses Verbot ohne Widerspruchsmöglichkeit auf. Das Argument: Demonstrationsfreiheit auch für Neonazis. Demonstrationsfreiheit also für diejenigen, die versuchen, das menschenverachtende Gedankengut des deutschen Faschismus wiederzubeleben.

Nur drei Monate vor dem Nazi-Aufmarsch hatte das Landgericht München I einen „deutschen Soldaten“ wegen zehnfachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt: Josef Scheungraber, der als Wehrmachtsoffizier im Jahre 1944 Menschen eines toskanischen Dorfes aus purer Rache in ein Haus sperren und in die Luft sprengen ließ. Mörder wie er wurden am 14. November öffentlich unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit als Helden gefeiert.

Günter Wangerin war das zu viel, er warf zwei gerade erstandene Tomaten in Richtung der vorbeiziehenden braunen Horden. Getroffen hat er nicht. Die Staatsanwaltschaft verfolgt den Wurf als versuchte Körperverletzung und verlangt eine Zahlung von 1.800 Euro an die Staatskasse.

Durfte der überzeugte Antifaschist Günter Wangerin zur Tomate greifen? Ist weiches Gemüse gegen rechte Hetzparolen erlaubt, wenn selbst Gerichte die faschistische Ideologie mit einer Meinungsäußerung verwechseln? Ist der Versuch, diese Ideologie auf den Straßen wieder hoffähig zu machen, nicht der Versuch, die „Ordnung“ des Grundgesetzes zu beseitigen, dessen Bestandteil nach Artikel 139 immer noch die von den Alliierten erlassenen Rechtsvorschriften zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ sind? Gilt das Widerstandsrecht nach Artikel 20 Abs. 4 des Grundgesetzes für den Antifaschisten nicht, das da lautet: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Hilfe nicht möglich ist.“

Die Verteidigung hat Rechtsanwältin Gabriele Heinecke (Hamburg), die Vertreterin der Nebenkläger in dem Strafverfahren gegen Josef Scheungraber, übernommen.

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Ortsgruppe München ■

Gegen Faschismus und Krieg am Soldatenfriedhof Essel

Nazis blieben diesmal weg

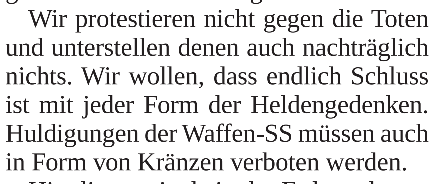
NIEDERSACHSEN. 60 Menschen beteiligten sich am Volkstrauertag am 2. Sonntagsspaziergang und der Mahnwache des Bündnisses aus DGB, Jusos, Grünen, LINKEN, jungen Antifaschisten und VVN/BdA am Soldatenfriedhof Essel. Ordnungsamt und Polizei erteilten enge Auflagen. Die Aktion sollte früh beendet sein, damit anderen (also auch Nazis) im Hellen genug Zeit bleibt, Kränze abzulegen. Der politische Druck über Jahre hat eine Friedhofsordnung durchgesetzt, so dass keine Gedenkreden mehr auf dem Friedhof erlaubt sind. Die organisierten Nazis sahen keine Chance und blieben weg.

Die Aktion richtete sich gegen Faschismus, Krieg und die Heldenverehrungen für die Waffen-SS. Auf dem Soldatenfriedhof liegen meist Jugendliche und Waffen-SSler.

Das jahrzehntelange Heldengedenken von Altnazis und Militaristen unter Führung der HIAG-Waffen-SS wurde in den 1980er Jahren durch große Demos gleich für weitere Jahre verhindert. Seit 2007 huldigten Kameradschaften hier der Waffen-SS. 2008 ließ Dennis Bührig das SS-Lied absingen und sprach: „Ihr Opfer – unser Auftrag“. Am Folgesonntag hatte die HIAG vor anderen jungen Anhängern gefordert, dass Bundeswehrsoldaten heute ihr Leben für Deutschland einsetzen müssten. 2009 kamen NPDler und Kameradschaften und „Düütsche Deerns“ dem 1. Sonntagsspaziergang zuvor.

DGB-Sprecher Charly Braun forderte jetzt die Demokratisierung der Info-Tafel des Friedhofs, denn auch hier müsse das lokale faschistische Verbrechen als solches benannt werden. Der Text, „Unsere jungen Soldaten verloren den Kampf, es fehlte ihnen aber nicht an Tapferkeit“, verkläre die Metzelei im Wald zum Helden-Mythos. Braun: „Uns wird als AntifaschistInnen gern unterstellt, wir würden die hier Begrabenen zu Nazis erklären und so unseren Widerstand gegen die Heldenfeiern begründen. ...





Wir protestieren nicht gegen die Toten und unterstellen denen auch nachträglich nichts. Wir wollen, dass endlich Schluss ist mit jeder Form der Heldengedenken. Huldigungen der Waffen-SS müssen auch in Form von Kränzen verboten werden.

Hier liegen sie da in der Erde und werden seit über 60 Jahren als Helden gefeiert. ...Wir fordern Änderung der Gedenktafel am Soldatenfriedhof Essel unter paritätischer Beteiligung unseres regionalen antifaschistischen Bündnisses und der VVN/BdA.“

Mechthild Hartung, Landessprecherin der VVN/BdA, protestierte, „dass Behörden und Polizei in falsch verstandener Neutralität glauben, Demokraten und Nazis gleiche Rechte einräumen zu müssen“. Dagegen habe bereits 1930 Tucholsky sein Gedicht „Rosen auf den Weg gestreut“ verfasst. Darin heißt es zu den Nazis, „ihr müßt sie lieb und nett behandeln“. Frau Hartung: „Tucholsky ahnte das nur. Heute wissen alle, wohin das geführt hat.“

Das Bündnis legte auf dem Friedhof zwei Kränze „gegen Faschismus und Krieg“ nieder. Wenige Tage später waren diese Kränze gestohlen. Der DGB erstattete Strafanzeige.

NPD und Kameradschaften machten ihre Heldenfeier 60 km entfernt an Soldatengedenksteinen auf dem Dorffriedhof Steinbeck/Bispingen. Gemeindevertreter entsorgten sofort die Nazi-Kränze.

PM, FOTO: DGB-KulturAK ■

Dogan Akhanli ist wieder frei!

Bericht von einer erfolgreichen Solidaritätsreise

KÖLN/ISTANBUL. Mindestens 30 Menschen waren wir, die zu Dogans Akhanlis Prozess am 8. Dezember nach Istanbul gereist waren. Aber es kamen noch viele Freunde und Unterstützer Dogans aus der Türkei dazu. Die ersten waren schon am Montagvormittag auf der Pressekonferenz mit den türkischen Medien beim türkischen Journalistenverband: 2 Fernsehkameras, viele Mikrofone. Die Vorsitzende des Journalistenverbandes, der Vorsitzende des Penclubs in der Türkei, ein Freund und ein Rechtsanwalt Dogans gaben Auskunft zur Inhaftierung und zum Prozess.

Am Dienstagabend Treffen der Delegation beim türkischen Menschenrechtsverein – ein Ort, dem man noch die Spuren des letzten Überfalls ansieht. Der Raum ist voll. Die Stimmung im Saal ist von der Hoffnung geprägt, Dogan am nächsten Tag frei zu bekommen. Aber schwer drückt allen die Ungewissheit aufs Gemüt: Was ist, wenn er nicht frei kommt?

Alles ist gut vorbereitet. Plakate mit seinem Bild und der Aufschrift „Gerechtigkeit für Dogan Akhanli" in drei Sprachen liegen bereit. Verhaltensmaßregeln werden erläutert: Nur keinen Abbruch oder eine Vertagung riskieren!

Abends spät, oben auf der Terrasse noch ein Umtrunk auf Dogan und unsere morgige Aktion. Die letzten treffen noch Günter Wallraff, der erst gegen Mitternacht eintrifft.

Für den Prozesstag um 11 Uhr ist eine Pressekonferenz vor dem Gerichtsgebäude angekündigt. Auf dem Vorplatz von weitem schon ein riesiges Durcheinander: Große Gefängnistransporter drängen sich durch die Menge. In ihnen werden Gefangene herangekarrt. Ihre Angehörigen und Freunde stehen in Gruppen auf dem Platz und harren an der Eingangskontrolle auf ihre Einlassung. Ein Transparent ist aufgehängt. Als sich unsere Delegation gegen 10.30 Uhr nähert, geht ein Ruf durch die Pressevertreter: Günter Wallraff, Günter Wallraff. Seine Popularität seit „Ganz unten" ist in der Türkei ungebrochen. Sofort wird die Delegation mit Fragen bestürmt. Albrecht Kieser stellt das Anliegen vor, dann Günter Wallraff und Andrej Hunko, MdB der LINKEN. Berivan Aymaz übersetzt. Es herrscht ein wildes Gedränge. Mit Ellbogen und Knien werden Plätze für Mikrofone und Kameras erobert und verteidigt. Hinter den Sprechern weitere Delegationsmitglieder mit den Plakaten. Es ist eine entschlossene gut harmonierende Delegation. Obwohl aus Köln, Berlin, Frankfurt, Amsterdam, vielen Orten der Türkei angereist, agieren wir, als würden wir uns lange kennen. Ein Freund Dogans aus Ankara hat seine Ankunft gegen 10 Uhr fotografiert: Dogan, mit Handschellen gefesselt, eingekreist von 6 „Jandarmeri Cezaevi" in soldatischen Uniformen. Links und rechts wird er von zweien gehalten und gedrückt. Vier sichern seinen Transport. Während des folgenden 4-stündigen Prozesses werden sich zwei neben ihm die Beine in den Bauch stehen.

Der Prozessbeginn verzögert sich. Wir finden ein Café gleich in der Nähe, hinter der neben dem Gericht liegenden Uni am Ufer des Bosporus. Eine schöne, aber auch verstörende Szene: Über 50 Freunde und Unterstützer Dogans versammeln sich auf einer sonnigen Terrasse mit Blick auf den Bosporus, die Fahrschiffe und die asiatische Seite Istanbuls. Wir freuen uns über die gelungenen Pressekonferenzen und unsere große Anzahl. Für viele politischen FreundInnen und SchriftstellerkollegInnen ist es ein Wiedersehen nach langer Zeit. Gleichzeitig wissen wir Dogan in einem vermutlich ziemlich tristen Warteraum. Wie geht es ihm? Jetzt, nach dem Tod seines Vaters, den er hatte sehen wollen und weshalb er in die Türkei gereist war.



Dann Aufbruch zum Anstehen vor dem Saal. Wir wollen früh da sein, nicht dass Fremde oder Polizisten die Plätze belegen. Wenn wir drin sind, soll evtl. noch mal getauscht werden. Wir wollen sicher stellen, dass angereiste PressevertreterInnen einen Platz bekommen. Im Vorraum herrscht ein ungeheures Gedränge. Prozesse sind in drei Sälen. Offensichtlich wird fast überall über Kurden verhandelt. Ihre Familien und Freunde sind zwischen uns eingequetscht. Wenn ein Verfahren beendet ist, rotiert die Menge. Wir versuchen an den Gesichtern den Prozessausgang abzulesen. In zwei Fällen gibt es großen Jubel: Freispruch! Können wir auch gleich jubeln?

Als wir endlich in den Saal drängen sitzt Dogan schon, flankiert von den zwei Posten, etwas zusammengedrückt auf der Anklagebank. Einigen kommen die Tränen. Als Dogan aber sieht, wie viele und wer in den Saal strömen, erhellen sich seine Gesichtszüge. Er murmelt Namen, verteilt nickend Grüße. Immer mehr drängen hinein. Dogan wirft Küsse in die Menge. Es ist brechend voll. Der Gerichtsdiener erklärt, dass der Prozess erst beginnt, wenn alle sitzen. Die auf den Bänken quetschen sich auf kleinstem Raum zusammen. Einige gehen raus.

Als alle sitzen, beginnt der Richter. Insgesamt sind wir wohl über hundert in einem Saal für angeblich 24. Solange ich noch auf der Bank sitze, bekomme ich einiges übersetzt. Nachher auf dem Boden klappt es nicht mehr.

Dogan stellt sich mit seinem Namen, seinem Geburtstag und seinem Geburtsort vor und erklärt, mehr wird er nicht sagen. Die Verteidiger erklären, dass Dogan aus Protest gegen das Verfahren keine weiteren Aussagen machen wird. Nach dem Tod seines Vaters hatte er diesen Entschluss gefasst.

Die Verteidigung stellt den Antrag, dass Dogan sich neben die Anwälte setzen darf. Er ist Deutscher und in Deutschland steht den Angeklagten der Kontakt zu ihren Verteidigern zu. Der Antrag wird abgelehnt.

Danach beantragt die Verteidigung die Einstellung des Verfahrens, weil das Verfahren nach den entlastenden Zeugenaussagen grundlos geworden sei.

Der Richter befragt die beiden Söhne des beim Überfall Getöteten. Sie bestätigen ihre entlastenden Aussagen. Der Staatsanwalt widerspricht mit Hinweis auf Widersprüche in den alten und neuen Aussagen der Zeugen. Der Richter lehnt den Antrag ab.

Nach über einer Stunde beginnt die Hauptverhandlung mit dem Vortrag der Anklageschrift durch die Staatsanwaltschaft. Danach die Stellungnahme der Verteidigung. Danach erste Zeugenvernehmungen. Sie werden mit Widersprüchen konfrontiert, finden aber eine Erklärung.

Die Atmosphäre im Saal ist geprägt von großer Unsicherheit. Worauf läuft das alles hinaus? Es wird stundenlang aus Prozessakten vorgelesen. Wissen das nicht alle? Die Ungewissheit ist bedrückend.

Endlich Pause. Im Vorraum verkauft ein fliegender Händler Wasser und Süßigkeiten. Er braucht schnell Nachschub. Nach 15 Minuten geht es weiter.

Der Zeuge, dessen Aussage durch Fol-



ter erpresst worden ist, sagt aus. Er ist ernst und konzentriert. Manchmal blickt er Dogan an. Obwohl ich die Worte nicht verstehe, verspüre ich eine Änderung der Atmosphäre. Es gibt aus dem Publikum bei Zeugenaussagen verhalten zustimmendes Gemurmel, einmal sogar einige Lacher. Es wird weiter endlos vorgelesen. Noch einmal werden die Zeugen befragt. Immer wieder Einwände der Rechtsanwälte. Dann geht es offensichtlich auf das Ende zu. Der Staatsanwalt begründet noch mal den dringenden Tatverdacht, der es erforderlich mache, Dogan weiter in Haft zu halten. Empörtes Gemurmel im Saal. Der Richter beendet den Prozess, um sich mit seinen Co-Richtern zur Beratung zurückzuziehen. Nachher wird jemand sagen, so gezähmt habe er einen Richter in solch einem Prozess noch nicht erlebt. Oft werden Angeklagte wie Anwälte respektlos angebrüllt und niedergebügelt.

Dogan wird sofort von den beiden Polizisten gepackt und aus dem Raum gezerrt. Kein Blickkontakt ist mehr möglich. Wir sind schockiert. Als wir raus sind, ist er schon abtransportiert und auf dem Weg zurück ins Gefängnis.

Wir denken an nichts anderes mehr als an Freispruch. Draußen Riesengedränge. Alle warten auf das Papier, das der Richter gleich für die Anwälte rausreichen wird. Dann kommt es: Haydar Erol wirft einen Blick auf das Papier: „Dogan kommt frei!“ Ein unbeschreiblicher Jubel. Jede-r umarmt jede-n. Dann plötzlich die 2. Nachricht: Es ist kein Freispruch. Was bedeutet das? Nach einer Zeit klärt es sich auf: Dogan ist frei und kann in der Türkei reisen und auch ausreisen. Am 9. März wird es eine Fortsetzung des Verfahrens geben. Dass der Richter den Antrag des Staatsanwaltschafts auf Aufrechterhaltung des „Dringenden Tatverdachts“, und damit der Haft, abgelehnt hat, kann als gutes Zeichen für den 9. März gewertet werden. Eine Riesenerleichterung!

Dogan ist zusammen mit einem kurdischen Mithäftling in den Transporter gepackt worden und 120 km auf dem Weg nach Tekirdag. Die Anwälte, seine Schwester und einige FreundInnen schwingen sich in Autos und fahren hinterher. Als der Transport mit Dogan ankommt, sind die Pressevertreter schon da. Dort soll es zu ersten Interviews gekommen sein. Auf jeden Fall heißt es ab da, dass Dogan seinen und den Freispruch seines Mithäftlings zum Anlass genommen hat, auf die zahlreichen Häftlinge in Tekirdag und anderen Haftanstalten hinzuweisen, die aus nichtigen Gründen dort eingeliefert wurden und bei ähnlicher Unterstützung ebenfalls frei kommen könnten. Dieses Statement bestimmt von da an die Presseberichte.

Wir wissen aber nicht, werden die Anwälte erfolgreich sein und Dogan heute Nacht noch mitbringen? Dann die Nachricht, sie sind auf dem Weg. Als die Gruppe endlich in Sichtweite des Lokals auftaucht, Dogan in ihrer Mitte, stürmt alles hinaus. Die Straße ist zu. Alles blickt auf das Gedränge. Manche wissen Bescheid. Dogan erlebt eine Umarmung nach der anderen. Dann bekommt er sein erstes Bier nach vier Monaten und ein gutes Essen. Pressevertreter sind auch da. Es gibt schon erste Interviews.

Jetzt, da die Spannung weg ist, kommt die Müdigkeit. Die meisten haben die Nächte vorher kaum geschlafen. Die meisten fliegen schon am nächsten Tag wieder. Man verabredet sich zu einer Siegesfeier in Köln.

Es hat alles gepasst: Die Kampagne erzielte, ähnlich einer Wettkampfvorbereitung, auf den Termin des Prozesses ihren Höhepunkt und baute den notwendigen Druck auf. Die Rechtsanwälte waren gut aufeinander abgestimmt und vorbereitet. Die Delegation agierte überzeugend und geschlossen und ein Günter Wallraff ist natürlich ein Mann, der die gegnerische Seite ganz schön durcheinanderwirbeln kann und das auch überzeugend getan hat. Er hat noch bis zu seinem Abflug am nächsten Morgen Interviews im 30-Minuten-Takt gegeben und die Kampagne perfekt abgerundet.

Wir waren zum Schluss ziemlich kaputt und übermüdet und hatten das Gefühl etwas erlebt zu haben, was einem nicht oft vergönnt ist.

Peter Bach ■

NS-Täter und Täterinnen im Fokus – Informationen des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933 -1945

Die neueste Ausgabe der „informationen“ des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933 -1945 stellt aktuelle Forschungen zu NS-Täter und -Täterinnen vor und beleuchtet den Umgang mit ihnen. Die Historikerin Angelika Benz untersucht die Konjunkturen dieses Themas: von den Nürnberger Prozessen über die Urteile der 60er Jahre bis zu den jüngsten Auseinandersetzungen. Carina Baganz stellt NS-Täter in frühen sächsischen Konzentrationslagern dar, Uwe Bader die Schreckensherrschaft der SS in einem Sonderlager in Metz. Wolfgang



Form befasst sich mit der Rolle von Laienrichtern vor dem berüchtigten Volksgerichtshof. Mit welch breiter Zustimmung in der Bevölkerung die Brandstifter rechnen konnten, stellt Kurt Schilde in der Schilderung des Novemberpogroms 1938 in Siegen fest. Dass auch Frauen in die Verbrechen des NS-Regimes tief verstrickt waren, zeigt Elisabeth Kohlhaas in ihrem Bericht über weibliche Angestellte in der Gestapo auf. Was bedeutet es, einen Täter in der Familie zu haben? Oliver von Wrochem von der Gedenkstätte Neuengamme berichtet von bewegenden Seminaren mit Angehörigen.

Neu in diesen „informationen“ sind die „Materialien für die historisch-politische Bildung“, die insbesondere Lehrerinnen und Lehrern die Vermittlung von NS-Themen erleichtern soll. In dieser Ausgabe geht es um die Blockade von Leningrad. Ein umfangreicher Rezensionsteil bietet einen Überblick über wichtige Neuerscheinungen zu den Themen Widerstand, Täterschaft und Erinnerung.

Einzelhefte sind für 5,50 Euro (plus Versandkosten), erhältlich beim Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945, Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt/Main
kontakt@studienkreis-widerstand-1933-45.de
www.studienkreis-widerstand-1933-45.de

Rechtsradikalen-Häuptlinge aus halb Europa in Israel – um ihren Antisemitismus zu verstecken

Prominente der europäischen extremen Rechten in Israel + Islamhass soll Kräfte bündeln und neue Bündnisoptionen schaffen. Doch diese Strategie bleibt innerhalb des rechten Lagers umstritten.

Soll man Juden mehr hassen als Araber respektive Muslime? Oder lieber umgekehrt? Ungefähr so laufen Theoriedebatten auf der extremen Rechten ab. Durch die Reise von Prominenten dieses politischen Lagers[1] – unter ihnen die Leithammel der FPÖ aus Österreich[2] und des Vlaams Belang (VB, früher Vlaams Blok) aus dem flämischen Norden Belgiens – nach Israel vom Montag, 6. Dezember bis zum Mittwoch, 8. Dezember wurde neues Öl ins Feuer des mitunter hitzig ausgetragenen Streits gegossen.

Die jeweiligen Vorsitzenden der FPÖ und der „Pro Deutschland-Bewegung“, Heinz-Christian Strache und Patrik Brinkmann, sowie der Fraktionsvorsitzende des VB im belgischen Parlament, Filip De Winter, nahmen neben schwedischen und dänischen Rechtspopulisten an dieser Reise teil.[3] Unter ihnen befindet sich auch René Stadtkewitz, der vor wenigen Wochen in Berlin die neue Kleinpartei „Die Freiheit“ ausrief, welche sich auf die Erfolge des niederländischen Rechtspopulisten und Islamhassers Geert Wilders stützen möchte.[4]

Am 7. Dezember besuchten die „werten Herren“, unter ihnen FPÖ-Chef Strache (in seiner Jugend noch Teilnehmer an neonazistischen Wehrsport-Übungen in österreichischen Wäldern), eine Sitzung der Knesset. Auch Filip Dewinter vom Vlaams Belang besuchte die Knesset. Ihnen wurde jedoch ein offizieller Empfang verweigert, es blieb beim Status eines „privaten Besuchs“, wie der israelische Botschafter in Belgien auf besorgte Anfragen bezüglich der Rolle Filip Dewinters hin erklärte.

Begleitet wurden die Herren im israelischen Parlament durch Ariel Shomer, den früheren Kabinettschef von Präsident Ezer Weizmann. Im Anschluss konnten sie Gespräche mit einzelnen Abgeordneten wie dem Rabbiner Nissim Zeev von der religiösen Shass-Partei führen. Empfangen wurden mehrere von ihnen auch durch Moshe Feigling, den Chef des rechtsradikalen Flügels im nationalistischen Likud-Block, der ein Spektrum von Mitte-Rechts bis hin zu Fanatikern der Siedlerbewegung und Quasi-Faschisten umfasst. Filip Dewinter suchte ferner auch eine (Panzer) Einheit der israelischen Armee auf.

Die Politiker besuchten auch Siedler im besetzten Westjordanland.[5] Fraglich bleibt unter anderem, warum man diesen Herren – von denen zumindest einige in unzweifelhaft (post)nazistischer Tradition Politik betreiben – nicht die Einreise in den Staat Israel verweigert hat, was bei anderen Individuen mitunter aus weitaus nichtigeren Gründen geschieht.

Die Rechtsaußenchefs führten in Israel „politische Gespräche“ aus Anlass einer Tagung, zu der dortige Hardlinerpolitiker in die Stadt Ashkelon am Mittelmeer geladen hatten. Dabei sollte seit dem gestrigen Dienstag über „Strategien gegen den islamischen Terror“ beraten werden. Aus Sicht der europäischen Rechtsprominenz beinhaltet das natürlich hauptsächlich die Abwehr gegen Einwanderung und die Verweigerung gleicher Rechte für in ihren jeweiligen Ländern lebende „Ausländer“. Für die beteiligten israelischen Rechten hingegen ging es um Siedlungsbau und das Verweigern jeglichen Territorial- oder sonstigen Kompromisses mit „den Arabern“. Manche Stimmen behaupten, dadurch habe sich „die Siedlerbewegung aufgegeben“, im Sinne von: moralisch verkommen lassen.[6] Das ist ein Irrtum: Diese Leute sind genau so rechts, wie sie tun; und dies auch nicht erst seit gestern. Ob das jüdische Volk ausgerechnet solchen Figuren einen Teil seiner Zukunft überantworten sollte, ist eine Frage, die auf einem anderen Blatt steht.



Aber nicht alle zu Hause, in Europa, heißen diese Reise willkommen.

So gingen bei den französischen Rechtsextremen sofort einige Protagonisten in Abwehrstellung. Auf Webseiten des Front National wie Nations Presse Info – dieses Medium unterstützt Marine Le Pen – wurde sofort über „national-zionistische“ Bestrebungen gehöhnt. Dieser Begriff ist dort längst als Schimpfwort gebräuchlich, um über „falsche Rechte, die in Wirklichkeit im Auftrag oder am Gängelband der USA und Israels unterwegs sind“, zu spotten. Eine etwas andere Position hat die rechtsextreme Wochenzeitung ‚Minute‘, die eher die Abgrenzung und Feindschaft zum Islam (statt den Antisemitismus) betont und sich auf diesem Hintergrund an den ‚Bloc identitaire‘ und seine jüngeren Positionen angenähert hat. Beide – ‚Minute‘ und NOVOPRESS, die „Presseagentur“ des ‚Bloc identitaire‘ – berichteten ausführlichst über die Israel-Reise von FPÖ, Vlaams Belang und Co. ‚Minute‘ platzierte dabei in ihrer Ausgabe vom 8. Dezember eine israelische Flagge auf die Titelseite, die dazu gehörige Überschrift lautet: „Jene Rechten, die auf Israel setzen“.

Bei diesem Richtungsstreit geht es jeweils um historische Perspektiven für die rassistische Rechte: Den Einen beispielsweise geht es darum, sich tunlichst (im eigenen Interesse und vordergründig) von der braunen Vergangenheit abzugrenzen und auf die Suche nach bürgerlichen Bündnispartnern zu begeben. Dazu betonen sie, nein, ein „Judenproblem“ hätten sie nun wirklich nicht – wozu sie „zum Beweis“ laut ihre Unterstützung für den Staat Israel herausbrüllen. Diese Masche ist übrigens mitnichten neu: Viele Altnazis in der westdeutschen Nachkriegsrepublik, die in der jungen Bundesrepublik von Braun nach Schwarz mutierten, posaunten in der Springerpresse und im Umfeld der CDU ihren neu erworbenen Philosemitismus umso lauter heraus. Auch als der italienische „Postfaschist“ Gianfranco Fini vor einigen Jahren seine Abwendung von einst gepflegten historischen Vorbildern bekunden wollte, unterstrich der Mann – der gut zehn Jahre früher Benito Mussolini als „größten Staatsmann“ des Jahrhunderts bezeichnet hatte – dies im Jahr 2003 mit einer Reise nach Israel.[7]

Die Anderen halten das wiederum für gefährlichen Opportunismus, der darauf hinauslaufe, dass das „nationale Lager“ von banalen konservativen Kräften nicht mehr unterscheidbar sei. Sie prangern an, dass man drohe, sich von der Bourgeoisie – die als Ansammlung jüdischer und anderer „Lobbys“ oder Verschwörerkreise imaginiert wird – „einkaufen“ zu lassen. Stellen manche Rechtsextreme deswegen den Staat Israel als Hort des Bösen und Quasi-Sitz der Weltverschwörung dar, so ist er den anderen ein „Fels in der Brandung“ und „Trutzburg der Zivilisation“. Ähnlich wie Europa es den Rassisten zufolge tun

müsste, indem es sich gegen Einwanderung und seine südlichen Nachbarn abschotte, führe Israel vor, wie man als Wagenburg in einer feindlichen und als „barbarisch“ beschriebenen Umgebung überlebe und sich mit harten militärischen Mitteln zur Wehr setzen müsse. Entsprechend formulierte Filip Dewinter vom Vlaams Belang anlässlich seiner Reise, Israel „leb(e) auf einer Bruchlinie, einer Außengrenze der Zivilisation“, die auch „wir in Europa“ verteidigen müssten.

Die Teilnahme von Andreas Mölzer an dieser Reise – dieser „Intellektuelle“ der österreichischen FPÖ, der ab 2004 für mehrere Jahre ihr einziger Abgeordneter im Europaparlament geworden war – inzwischen sitzt er dort nicht mehr allein – mangelt nicht an Pikanterie. Ist doch Andreas Mölzer, dereinst „Kulturberater“ des 2008 verstorbenen Jörg Haider zu dessen Zeiten als FPÖ-Chef, etwa als Co-Herausgeber für das „Jahrbuch für politische Erneuerung“ der „Freiheitlichen Akademiker“ verantwortlich. Dort erschien im Jahr 1995 ein rund fünfzig Seiten langer Artikel des deutschen Politikwissenschaftlers und NS-Sympathisanten Werner Pfeifenberger unter dem Artikel „Nationalismus und Internationalismus – eine unendliche Todfeindschaft.“ (Der Verfasser dieser Zeilen analysierte diesen Text im Frühjahr 1995 ausführlichst für die ‚Antifaschistischen Nachrichten‘.)

In diesem Artikel breitet der damals noch an der Fachhochschule Münster (und zuvor u.a. in Apartheid-Südafrika lehrende) Politologe aus, „Freimaurer“ hätten die Französische Revolution und Juden – deren Anteil an den Bolschwiki hoch gewesen sei – die Russische Revolution veranstaltet. Gemeinsam hätten diese „Internationalisten“ Alles unternommen, um das positive „Sozialmodell“, das in Deutschland im Entstehen gewesen sei und zu dem Joseph Goebbels Anregungen geliefert habe, zu zerstören. Der Artikel, für den Mölzer als Co-Herausgeber mitverantwortlich zeichnete[8], führte zu einem Prozess. Bevor es jedoch zu dessen Eröffnung kam, stürzte der Verfasser Werner Pfeifenberger sich im Jahr 2000 in der Nähe von Salzburg von einem Berg und beging Selbstmord.[9]

Zum Status von Antisemitismus und Islamhass

Manche auf der extremen Rechten benötigen den Antisemitismus als Welterklärungsideologie, die ihnen Schlüssel für das vermeintliche Verständnis der Welt – dank der Vorstellung einer internationalen Verschwörung – und für einen scheinbar rebellischen, sozialen Ansatz („Hinter dem Geld stecken die Juden“) liefert.

Nichtsdestotrotz schwört die Mehrheit dieses politischen Lagers heute dem Antisemitismus, vordergründig oder tatsächlich, ab und hält ihn mindestens für hoffnungslos überholt. Die Schlachten von gestern zu schlagen, die man bereits verloren habe, interessiere sie nicht, befindet etwa Marine Le Pen.

An die leer gewordene Stelle der Zentralideologie setzen viele von ihnen den Islam- und Moslemhass. Dieser besitzt zwar nicht dieselben ideologischen „Qualitäten“, etwa in Gestalt einer Welterklärung durch den Verschwörungsgedanken – auch wenn manche fanatischen Moslemhasser ebenfalls Verschwörungsideologen ausbrüten. Beispielsweise indem sie so tun, als stünden ganz unterschiedliche Phänomene (die Präsenz und Bedeutung von Kopftüchern in Paris, Berlin, Algier und Teheran) in einem engen Zusammenhang miteinander, der sich auf den Nenner eines geplanten „Angriffs auf Europa“ bringen lasse. Auch fehlen dem puren Moslem- und Einwandererhass ein wenig die pseudo-„sozialrevolutionären“ Qualitäten des historischen Antisemitismus, der durchzubuchstabieren wusste, wer angeblich hinter Macht und Geld stecke. Allerdings vermag der antimuslimische Rassismus seinerseits Sozialneidgefühle zu erwecken, wenn er etwa behauptet, (moslemische) Einwanderer würden angeblich – und sei es aufgrund höherer Kinderzahl – bei Sozialleistungen „bevorzugt“. Besonders aber erlaubt der Islamhass den Brückenschlag auch in konservative und liberale Kreise, die bei Regungen von Antisemitismus größerenteils sofort abgestoßen würden.

Anlässlich einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zu „Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa“ am 5. November dieses Jahres in Berlin[10] führte etwa der österreichische sozialdemokratische Europaparlamentarier Hannes Swoboda aus, welche Vorzüge strategischer Art die extreme Rechte in einer Konzentration auf den Islamhass finden könne. So seien die Rechten bislang eher als Anhänger einer reaktionären Sozialkonzeption, was etwa die Rechte von Frauen oder generell der Einzelnen in der Gesellschaft oder Familie betrifft, erschienen. Durch die Agitation gegen „die moslemischen Frauenunterdrücker“ dagegen vermögen sie auf einmal, sich zu „Verteidigern (auch) der Frauenrechte“ aufzuschwingen.

Auch könnten sie dadurch ihren Antisemitismus demonstrativ hintanstellen, indem sie – zur Verteidigung des Abendlands gegen die „moslemische Gefahr“ – plötzlich das „bedrohte Erbe der gemeinsamen christlich-jüdischen Werte“ beschwören. Dabei vergessen machend, dass es in Europa zumindest bis 1945, eher jedoch bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil – bei dem die katholische Kirche in den sechziger Jahre ihre theologische Aussöhnung mit dem Judentum proklamierte – keine „gemeinsamen christlich-jüdischen Werte“ gab. Weil die Juden mindestens ausgegrenzt und phasenweise verfolgt wurden.

Ergebnisse der Reise

Die rechtsextremen Reiseteilnehmer verabschiedeten eine so genannte „Jerusalamer Erklärung“, die betont soft und in „demokratisch“ klingendem Tonfall formuliert ist, allerdings eine klare Spitze gegen den Islam und dessen Gläubige enthält.[11] Auch die einschlägig bekannte, angebliche „Bürgerbewegung“ mit Namen ‚Pro NRW‘ und die rechtsextreme Partei ‚Die Republikaner‘ – beide Kräfte planen zur Europawahl 2014 zusammen zu agieren – unterstützen inzwischen diese Erklärung.[12]

Der aktuelle Besuch von Prominenz mehrerer Rechtsaußenparteien steht nicht in direktem Zusammenhang mit dem des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders, der sich am vergangenen Wochenende ebenfalls in Israel aufhielt. Jener traf dabei mit dem als „Ultranationalist“ geltenden Außenminister Avigdor Lieberman zusammen.[13]

Er sprach sich vor dem israelischen Parlament in Jerusalem zugunsten der so genannten „Transferlösung“ aus, also für eine Vertreibung der Palästinenser aus den besetzten Gebieten in das Nachbarland Jordanien.

Bernhard Schmid, Paris ■

Anmerkungen:

1 vgl. http://www.pro-nrw.net/?p=3335//
2 vgl. http://derstandard.at/1291454237482/Strache-in-Israel-bei-Konferenz-gegen-islamischen-Terror
3 Vgl. http://fr.novopress.info/73545/des-dirigeants-de-partis-nationalistes-europeens-en-israel/
4 Vgl. http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-mit-Komm.154+M5196917c4ad.0.html und http://www.pi-news.net/2010/12/wilders-ruft-israel-zu-mehr-siedlungsbau-auf/ //
5 Vgl. http://www.fpoe.at/news/detail/news/strache-besuch-in-knesset/?cHash=acb0bf23916c 32815b9e4c048d5d2cf0 oder http://www.salzburg.com/online/nachrichten/politik/Strache-mit-Rechtsaussenpolitikern-in-Israel.html?article=eGMmOI8VfijlJ9BVm6oNWRV8L56hZauuJPJkoZM&img=&text=&mode=& //
6 Vgl. http://www.juedische.at/TCgi/_v2/TCgi.cgi?target=home&Param_Kat=3&Param_RB=10&Param_Red=13518 //
7 Vgl. http://jungle-world.com/artikel/2003/49/11913.html //
8 vgl. http://www.judentum.net/europa/ richter1.htm /
9 vgl. http://jungle-world.com/artikel/2000/25/27552.html //
10 vgl. http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_10/101105_einl.pdf //
11 Vgl. http://www.pi-news.net/2010/12/jerusalemer-erklaerung-verabschiedet/#more-167106
12 Vgl. http://lionelbaland.hautetfort.com/archive/2010/12/07/pro-nrw-et-les-republikaner-soutiennent-la-declaration-de-je.html oder www.pro-nrw.net/?p=3354 //
13 Vgl. http://lionelbaland.hautetfort. com/archive/ 2010/12/05/geert-wilders-rencontre-le-ministre-ultranationaliste-israel.html sowie zur Rede Wilders’ http://www.youtube.com/watch?v=EyTh9ap-Rgk&feature=player_embedded

Ist so kalt der Winter... Abschiebungen in den Kosovo gehen weiter

Der frühe und harte Wintereinbruch legt große Teile Deutschlands lahm. Dies gilt jedoch nicht für den Abschiebungsbetrieb. Für den 7. Dezember 2010 ist eine Sammelabschiebung von Roma, Ashkali und Ägyptern in den Kosovo geplant, zwei Tage später geht es nach Serbien. Für die Angehörigen der Kosovo-Minderheiten bedeutet die Landung in Pristina in den meisten Fällen, den Winter in kaum beheizbaren Behelfsunterkünften oder – so es Angehörige gibt – in überfüllten Wohnungen überstehen zu müssen. PRO ASYL und die Landesflüchtlingsräte halten die Abschiebungen von Minderheiten in den Kosovo nicht für vertretbar, führen sie doch bislang bereits in ein perspektivloses Leben am Rande der Müllkippen. Umso mehr gilt dies für Abschiebungen im Winter. Das absolute humanitäre Minimum ist ein Abschiebungsmoratorium für die Wintermonate und die Stornierung der anstehenden Sammelabschiebungsflüge.

Nordrhein-Westfalen hat mit einem Erlass vom 1. Dezember 2010 Abschiebungen von Minderheitenangehörigen nach Serbien und in den Kosovo bis Ende März nächsten Jahres ausgesetzt. Dennoch sollen offenbar Abschiebungsflüge mit Betroffenen aus anderen Bundesländern von nordrhein-westfälischen Flughäfen aus starten. Nach Informationen der Flüchtlingsräte der Bundesländer befinden sich unter den für die geplanten Sammelabschiebungen angemeldeten Menschen auch Angehörige besonders vulnerabler Gruppen: Alte, Kranke, Alleinerziehende, Familien mit Kindern.

Mit der Weiterführung der Minderheitenabschiebungen in den Kosovo ignorieren die Innenminister die entgegenstehend dringenden Empfehlungen und Forderungen aller relevanten Nichtregierungsorganisationen sowie diverser UN-Institutionen, solche Abschiebungen in Elend und Perspektivlosigkeit nicht vorzunehmen.

Quelle: Presseerklärung 6. Dezember 2010 ProAsyl ■

Abschiebestopp für Kosovo-Flüchtlinge

SCHWERTE. Einen sechsmonatigen Abschiebestopp für rückführungsgefährdete Flüchtlinge aus dem Kosovo hat der SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Stotko in Aussicht gestellt. Auf dem Asylpolitischen Forum 2010 am Wochenende in der Evangelischen Akademie Villigst in Schwerte sagte Stotkto, der Mitglied des Innenausschuss des nordrhein-westfälischen Landtages ist, in seiner Fraktion gebe es entsprechende Überlegungen.

Für den Flüchtlingsrat NRW erklärte Heinz Drucks, aktuell seien weitere Romafamilien von Abschiebung bedroht, obwohl es im Kosovo keine Infrastruktur gebe, die eine sichere Aufnahme der Flüchtlinge gewährleiste. Die Familien würden in ihrem Herkunftsland etwa vielfach in unbeheizten Notunterkünften untergebracht. Auch ein Brief des Innenministers, der die Ausländerbehörden zu sorgfältiger Prüfung der Zumutbarkeit anhalte, habe an der Abschiebepraxis nichts wesentlich geändert.

Für Amnesty International forderte Wolfgang Grenz auch einen Abschiebestopp für Syrien. Aus den Lageberichten des Auswärtigen Amtes gehe deutlich hervor, dass Flüchtlingen, die nach Syrien abgeschoben werden, Folter droht.

Die Landtagsabgeordnete Monika Düker von den Grünen verwies darauf, dass der Spielraum für die neue rot-grüne Landesregierung sehr begrenzt sei. Vieles sei Bundesrecht, auf das die Landesregierung nur über den Bundesrat einwirken könne. Das gelte zum Beispiel auch für die von Praktikern aus der Flüchtlingsarbeit heftig kritisierte Rückkehr vieler Kommunen zu Sachleistungen satt Bargeldzahlungen an die Flüchtlinge.

Die Sprecherin ihrer Fraktion für Flüchtlingsfragen kündigte an, dass zukünftig die Flüchtlingsarbeit in den Kommunen wieder finanziell gefördert wird, wenn der neue Haushalt verabschiedet sei. Für ihre Forderung nach einer stichtagsfreien Bleiberechtsregelung erhielt sie die Unterstützung von allen Teilnehmern und vertretenden Organisationen des asylpolitischen Forums.

Dietrich Eckeberg, Referent für Flüchtlingsfragen beim Diakonischen Werk Rhein-Westfalen-Lippe, bescheinigte der Düsseldorfer Landesregierung einen neuen Tenor beim Umgang mit dem Thema Flüchtlinge angeschlagen zu haben. Doch müssten Taten folgen.

Quelle: epd-Bericht über Asylpolitisches Forum 2010 - 1.12.10 ■

Asylbewerberleistungsgesetz ist verfassungswidrig!

BERLIN. Die Bundesregierung musste auf eine Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag einräumen, was längst offenkundig war: Das AsylbLG ist verfassungswidrig, da die Berechnung der Leistungssätze lediglich auf Kostenschätzungen ohne jede empirische Grundlage basierte. Was die Bundesregierung noch wird einräumen müssen: Auch die konkrete Höhe der Sätze nach AsylbLG ist verfassungswidrig, denn die Hilfen sind offenkundig unzureichend, um das Grundrecht auf menschenwürdiges Existenzminimum sicherzustellen. Dies gilt schon deshalb, weil Schutzsuchenden über Jahre hinweg keinerlei „Integrationsbedürfnisse“ zugestanden werden – nach dem Urteil des BVerfG vom 9.2.2010 beinhaltet das Menschenrecht auf Existenzminimum aber auch ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe.

Die Initiatorin der Großen Anfrage, Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., erklärt hierzu:

„Die Bundesregierung muss aufhören, Schutzsuchenden lediglich eine Menschenwürde mit Rabatt zuzugestehen. Und sie sollte auch darauf verzichten, nun erbsenzählerisch das Existenzminimum von Flüchtlingen klein zu rechnen. Es geht um das unbedingt zu gewährende Grundrecht auf Existenzminimum, bei dem keine politisch motivierten Abstriche zulässig sind! Die um etwa ein Drittel gegenüber der üblichen Sozialhilfe abgesenkten und seit 1993 nicht mehr erhöhten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind mit diesem Grundrecht unvereinbar.

Es war überfällig, dass die Bundesregierung die seit dem HARTZ IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts offenkundige Verfassungswidrigkeit des Asylbewerberleistungsgesetzes auch offen einräumt – unser hartnäckiges Nachfragen hat sich insofern gelohnt. Die Bundesregierung muss nun aber auch die notwendigen Konsequenzen hieraus ziehen und den seit dem Jahr 1993 fortgesetzten Verfassungsbruch im Umgang mit Schutzsuchenden schnellstmöglich beenden. Entsprechend der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen nach HARTZ IV sollte auch das Asylbewerberleistungsgesetz zum 1.1.2011 geändert werden, notfalls rückwirkend. Was allerdings noch schneller ginge und überdies menschenrechtlich geboten wäre, ist die konsequente Abschaffung dieses diskriminierenden Gesetzes! Schutzsuchende sollen arbeiten dürfen und bei Bedarf Unterstützung erhalten, wie alle anderen auch. Schließlich ist die Bundesrepublik lange Zeit ohne diskriminierendes Sondergesetz ausgekommen: Bis 1993 erhielten Asylsuchende im Regelfall ungekürzte Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz.“

Wir müssen der Bundesregierung noch gehörig Beine machen, damit es nicht bei einer kümmerlichen Erhöhung der Sätze und einer bloßen Lockerung des Sachleistungsprinzips bleibt!

Quelle: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag ■

Solange unsere Forderungen nicht erfüllt werden, kämpfen wir weiter!

BAYERN. Am Samstag, den 4.12.2010, kamen 60 Flüchtlinge und ihre Unterstüt-

Bleiberecht für Miroslav R.!

HAMBURG. Am 2. Dezember unternahm der 22-jährige Miroslav R. im Hamburger Abschiebeknast Billwerder-Moorfleet einen Suizidversuch. Er erfuhr von der Ablehnung seines Asylantrags und fürchtete die sofortige Abschiebung nach Belgrad – zum zweiten Mal in seinem Leben.

Für den 7. und 9.12. hatten die Behörden Sammelabschiebeflieger ab Düsseldorf gechartert, um Roma, Ashkali und Ägypter nach Serbien und in den Kosovo abzuschieben. Miroslav lebt, weil Justizbeamte ihn rechtzeitig fanden, doch die Abschiebung droht ihm weiterhin.

Im Herbst gelang ihm die Flucht, zurück in seine Heimat, zu Verwandten nach Hamburg. In Serbien war er immer wieder antiziganistischen Bedrohungen ausgesetzt. Der Kontakt zur Familie war abgebrochen. Am 16. November 2010 wurde Miroslav in Hamburg bei einer Kontrolle aufgegriffen, er stellte einen Asylantrag. Postwendend landete er im Abschiebeknast Billwerder.

Am Tag nach dem Suizidversuch ist Miroslav in die psychiatrische Klinik in Hamburg-Ochsenzoll gebracht worden. Wenn es nach den Behörden geht, soll er so bald wie möglich abgeschoben werden.

Miroslav ist Rom. Geboren ist er in Jugoslawien, aufgewachsen, seit er 2 Jahre alt ist, in Deutschland. Seit 1995 lebte die 7-köpfige Familie in Syke, Landkreis Diepholz in Niedersachsen. Milos R., der Vater der Familie protestierte gegen die unzumutbaren Zustände in der ihnen zugewiesenen Unterkunft, er bat immer wieder um eine Arbeitserlaubnis; forderte ein Leben in Würde für seine Familie.

Am 15. November 2002 begeht Milos R. eine Verzweiflungstat: Er geht ins Rathaus von Syke, übergießt sich im Foyer mit Benzin und zündet seinen Körper an. Am Tag darauf stirbt er an den Verbrennungen. Zehn Tage später gedenken 100 Menschen in Syke des Toten mit einem Trauermarsch und protestieren auch gegen die Abschiebung von Roma nach Jugoslawien.



Den Tod des Vaters hat Miroslav nie verkraftet. Alle Bemühungen bleiben ohne Erfolg, knapp zwei Jahre später, im Oktober 2004 werden die Witwe Ljalje R. und 4 ihrer minderjährigen Kinder nach Belgrad abgeschoben.

Die abgeschobene Familie lebt nun in Serbien. Ljalje erkrankt an Krebs, die Kinder können nicht mehr zur Schule gehen. Die Soliüberweisungen von Unterstützer_innen aus Deutschland vermögen die Not nicht wirklich zu mildern.

Als Miroslav im Herbst diesen Jahres die Reise zurück nach Hause – nach Deutschland – antritt, versuchte er der Verfolgung als Angehöriger der Minderheit der Roma zu entkommen, welche in Ex-Jugoslawien in extremer Armut und mit erschwertem Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung leben müssen.

Miroslav wagte es, für ein besseres Leben zu kämpfen. Als er erneut scheiterte und die zweite Abschiebung bevorstand, verließ ihn sein Lebensmut. Er wusste keinen Ausweg mehr. Miroslav ist im Moment noch in der Klinik, wenn es nach den Behörden, geht soll er Anfang Januar abgeschoben werden.

In Nordrhein-Westfalen wurde Anfang Dezember ein Abschiebstopp für Roma und andere Minderheiten nach Serbien und Kosovo erlassen. Nicht jedoch in Hamburg.

Wir fordern Bleiberecht für Roma! Keine weiteren Abschiebungen! Rückkehrrecht für Abgeschobene!

Hermann Hardt, Flüchtlingsrat Hamburg, 9.12.2010 Presseerklärung ■

---

zerInnen im Netzwerk Deutschland Lagerland in Nürnberg zusammen, um anlässlich der laufenden Streik- und Boykottaktionen in aktuell 7 bayerischen Flüchtlingslagern und der anhaltenden Ignoranz seitens der bayerischen Landesregierung, insbesondere des Sozialministeriums, Einschätzungen auszutauschen und die Kämpfe zu koordinieren. Die aus 10 Städten angereisten Flüchtlinge erklärten dabei ihren Zorn über die jüngsten Diffamierungen seitens Sozialministerin Haderthauer. Die rhetorische Gewalt, mit der die Sozialministerin ihre Fluchtgründe und die unhaltbaren Lebensumstände in den Lagern negiert, erzürnte selbst die Besonnensten unter ihnen. Mit Genugtuung nehmen sie aber auch wahr, dass Frau Haderthauer von allen anderen Parteien und großen Wohlfahrtsverbänden ob ihres Rassismus und ihrer unhaltbaren Vorwürfe kritisiert wird.

Angesichts der unvermeidbaren Tatsache, dass mehr als zwei Wochen Hungerstreik und Essenspaketboykott an den Kräften zehren, haben die Flüchtlinge in den Augsburger Lagern, die komplett auf Spendenunterstützung verzichtet hatten, beschlossen, ihren Streik vorübergehend auszusetzen.

Gleichzeitig wird in anderen bayerischen Lagern der Boykott weitergeführt bzw. intensiviert, zum Beispiel von den Flüchtlingen im Dschungelcamp in Böbrach, deren Kampf von der Öffentlichkeit bisher kaum beachtet wurde. Zudem bereiten sich in mehreren anderen Lagern die BewohnerInnen darauf vor, angesichts der diffamierenden Äußerungen Haderthauers jetzt erst recht neu in die Boykottkette einzusteigen.

Die Flüchtlinge in den bayerischen Lagern werden keinen Millibar Druck aus ihrem aktuellen Kampf herausnehmen. Sie haben sich darauf geeinigt, die Streikbewegung als Ganzes gemeinsam fortzuführen, auch wenn unterschiedliche lokale Bedingungen unterschiedliche Entscheidungen und Vorgehensweisen erfordern. „Medienaufmerksamkeit allein ist nicht genug. Wir machen weiter, bis die Politiker und Politikerinnen auf unsere Forderungen eingehen und sich für unser Leben wirklich etwas zum Besseren verändert", erklärten die streikenden Flüchtlinge. Ungeachtet der jeweils unterschiedlichen lokalen Entscheidungen seitens der streikenden Flüchtlinge ruft das Lagerland–Netzwerk für Dienstag, den 21.12.2010 zu einer bayernweiten Protestkundgebung beim Sozialministerium in München auf, um den politischen Druck direkt zu den VerantwortungsträgerInnen in der Landeshauptstadt zu tragen. Bei einem Folgetreffen im Januar 2011 sollen weitere Schritte abgesprochen werden. Denn, so ein Flüchtling aus Augsburg: „Wenn Frau Haderthauer die Advents- bzw. Weihnachtszeit nicht nutzt, um unsere Forderungen ernst zu nehmen, werden wir ihr eine alte Gewissheit in Erinnerung rufen: Wer Wind säht, wird Sturm ernten!"

Alle Flüchtlinge halten an den Forderungen fest:

- Weg mit dem Lagerzwang
- Bargeld statt Essenspakete
- Zugang zu Arbeit und Bildung
- Weg mit der Residenzpflicht

Aktuell setzen Flüchtlinge in Schwabmünchen, Denkendorf, Hauzenberg, Coburg, Wallersdorf, Böbrach und Mainburg (wie Böbrach bisher nicht wahrge-

nommen) den Boykott der Essenspakete fort. Die Flüchtlinge in 3 Lagern in Augsburg behalten sich vor, den aktuell ausgesetzten Boykott in einigen Wochen wieder aufzunehmen.

www. fluechtlingsrat-bayern.de, www.hinterland-magazin.de ■

Übergabe Unterschriften gegen Abschiebungen von Roma

Hannover. Am 8.12.2010 hat der Flüchtlingsrat Niedersachsen stellvertretend für den Verein „Leben in der Fremde“ aus Goslar am Rande der Plenarsitzung im Niedersächsischen Landtag den Aufruf „Bleibt menschlich“ samt Kopien der Unterschriftenliste sowie einen offenen Brief an den Ministerpräsidenten David McAllister übergeben. Brief, Aufruf und Unterschriften wurden stellvertretend für den Ministerpräsidenten von der Staatssekretärin Dr. Christine Hawighorst (Chefin der Staatskanzlei) entgegen genommen.

Der Aufruf, mit dem sich der Verein „Leben in der Fremde“ dafür einsetzt, dass keine Abschiebungen von Roma in den Kosovo stattfinden und Familien auseinandergerissen werden, ist bisher von 1.024 Personen unterzeichnet worden. Die originalen Unterschriften sind an Bundesinnenminister De Maizière gesandt worden.

Bei der Übergabe waren neben der Staatssekretärin mit Dorothée Prüssner (CDU) und Almuth von Below-Neufeldt (FDP) zwei Landtagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Goslar anwesend sowie die Integrationspolitische Sprecherin der Grünen Filiz Polat und die Integrationspolitische Sprecherin der Linken Pia Zimmermann.

Frau Dr. Hawighorst sicherte zu, dass der Ministerpräsident auf den Brief des Vereins Leben in der Fremde antworten wird. Weiterhin haben auch die Abgeordneten, insbesondere Frau Prüssner von der CDU versichert, dass sie sich für die Familie Rustemi, die bereits am 15.11.2010 abgeschoben werden sollte, einsetzen werden.

Bzgl. Familien Rustemi aus Seesen, Lkr. Goslar, können wir erfreulicherweise mitteilen, dass sie NICHT abgeschoben wurden. Sowohl die Familie selber hat bestätigt, dass sie sich noch in Seesen befinden als auch die Ausländerbehörde, die darauf hingewiesen hat, dass das Asylfolgeverfahren abgewartet werden muss, worüber bisher noch nicht entschieden wurde.

Auch die Abgeordnete der SPD aus dem Wahlkreis Goslar, Frau Emmerich-Kopatsch, hatte gestern versichert, dass in nächster Zeit keine Abschiebung der Familie stattfinden wird.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 8.12.2010 ■

Appell „Wir fordern: Bleibt menschlich!“

Goslar. Trotz der Resolutionen von Städten, Kreistagen und Kirchen für ein Bleiberecht der Roma laufen die Abschiebungen ungehindert weiter. Aus diesem Anlass fand im Landkreis Goslar in Anwesenheit des Landrats eine Bürgerversammlung im Gemeinderaum der Frankenberger Kirchengemeinde statt. Hier wurde deutlich, dass vornehmlich das niedersächsische Innenministerium unter Uwe Schünemann (CDU) die Abschiebungen forciert und nicht davor zurückschreckt Familien zu trennen. Im Fall einer Romafamilie aus Seesen sollten nach fast 20 Jahren Aufenthalt die Eltern mit den beiden jüngsten Kindern abgeschoben werden. Die drei ältesten Kinder können bleiben, weil sie einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz haben. Dank des beherzten Eingreifens des Anwalts der Familie konnte diese Abschiebung wegen der schweren Erkrankung der Mutter für diesmal verschoben werden. Wir fragen: Seit wann brauchen junge Menschen von 18 Jahren, die in einer Ausbildung stehen, nicht mehr den Schutz ihrer Familie?

Aus der Bürgerversammlung heraus kam es zu dieser Unterschrifteninitiative. Sie nahm ihren Anfang in den Sonntagsgottesdiensten. So sind im Landkreis Goslar bisher fast 2000 Unterschriften gesammelt und weitergeleitet worden. Unter ihnen befinden sich vor allem auch Schülerinnen und Schüler, die durch Abschiebungen ihre Mitschüler verlieren. Wir alle wollen nicht, dass Romafamilien getrennt und ins Elend abgeschoben werden. Wir fordern deshalb den Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maziere, Innenminister Uwe Schünemann und die Innenminister der Länder auf, endlich einen Abschiebestopp für alle Minderheitenangehörigen aus dem Kosovo auszusprechen. Wir fordern Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf, in ihrer Koalition darauf hinzuwirken, dass Bleibeberechtsmöglichkeiten für diese langjährigen Mitmenschen geschaffen werden. Wir Bürgerinnen und Bürger haben Landtags- und Bundestagsabgeordnete nicht gewählt, damit sie Gesetze verfassen, die das Grundgesetz, die Menschenrechte, die Genfer Flüchtlingskonvention, die Kinderkonvention und die christliche Nächstenliebe missachten.

Quelle: „Verein Leben in der Fremde“ 29.11.10 ■

Erneuter Brandanschlag – Folge des staatlichen Rassismus

Berlin. „Ich verurteile den erneuten Brandanschlag auf ein muslimisches Kulturzentrum in Berlin. Dies ist bereits der sechste Anschlag auf muslimische Einrichtungen in Berlin innerhalb eines Jahres“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE. anlässlich Brandanschlages am 9. Dezember auf ein islamisches Kulturzentrum in Berlin-Tempelhof. Es befanden sich zwei Menschen in dem Gebäude, die bei dem Anschlag zum Glück nicht verletzt wurden. Erst im November wurden auf zwei Moscheen in Neukölln Brandsätze geworfen. Jelpke weiter: „Ich kann diese menschenverachtenden Taten nur als Folge der Hetzkampagne von Sarrazin, Seehofer und Konsorten gegen angebliche muslimische Integrationsverweigerer sehen. Dabei handelt es sich in erster Linie um den Versuch, von der eigenen Verantwortung für die Wirtschaftskrise und den sozialen Kahlschlag abzulenken. Dafür sollen die Verlierer der Krise – die von Lohnarbeit Abhängigen mit und ohne Job – gegeneinander ausgespielt werden.“

Kundgebung gegen antimuslimischen Rassismus, Hetze und Gewalt am Montag, 20. Dezember 18 Uhr Hermannplatz (U7/U8 Hermannplatz) Berlin

Geschäft mit Abschiebungen

Saarlouis. Handwerker bieten ihre Fähigkeiten als Dienstleistungen an, betonen, dass sie sauber und pünktlich arbeiten, flexibel sind und optimale Qualität liefern. Gutes Handwerk eben. Problematisch wird es aber, wenn ein Arzt einer Ausländerbehörde dies ebenfalls anbietet: Gute Qualität, sprich Atteste, um medizinisch problem- und bedenkenlos abzuschieben und bereit, kurzfristig Aufträge zu übernehmen. Gegen Entgelt natürlich. So geschehen im Fall eines saarländischen Arztes, der gemeinsam mit einer Arztkollegin aus Hessen der Ausländerbehörde Bremen dies in einem Brief, angeboten hat. Der Brief liegt dem Saarländischen Flüchtlingsrat vor. Sein Dienstleistungsangebot wurde angenommen. Im Auftrag der Bremer Ausländerbehörde war er an Abschiebungen von Flüchtlingen beteiligt war, indem er die Reisefähigkeit von Flüchtlingen feststellte, die von anderen Ärzten als nicht reisefähig eingestuft wurden. In dem Brief an die Ausländerbehörde betonen beide Ärzte, dass sie als Team für verschiedene Bundesländer tätig seien und über eine mehrjährige Erfahrung bei Rückführungen ausländischer Staatsangehöriger in die jeweiligen Heimatländer weltweit verfügen würden. Ihre medizinischen Leistungen seien u.a.: Das Erstellen sämtlicher medizinischer Gutachten oder die Untersuchung auf Gewahrsamsfähigkeit einschließlich des Ausstellens entsprechender Bescheinigungen.

Auf einer Pressekonferenz am 8. Dezember macht der Saarländische Flüchtlingsrat auf diese skandalösen Vorgänge aufmerksam. *Saarländischer Flüchtlingsrat, Saarlouis, fluechtlingsrat@asyl-saar.de, www.asyl-saar.de* ■

Wie der „Sozialismus“ zur NSDAP kam

Materialien gegen die Mär von der ideologischen Übereinstimmung von Kommunisten und Faschisten. Die Gründungsphase der NSDAP 1918-20

Hinlänglich bekannt ist die Totalitarismustheorie, die den Faschismus mit dem Kommunismus gleichsetzt. Eines ihrer (schlechten) Argumente behauptet, dass Kommunisten und Nationalsozialisten mit dem Sozialismus ein ähnliches Ziel angestrebt hätten. Sebastian Haffner meint, Hitler habe eher links als rechts gestanden, weil er Menschen „sozialisierte“ (i.S. einer Einbindung in Kollektive), weil Haffner Ähnlichkeiten zwischen der NS-Herrschaft und dem DDR-System und Stalin feststellen zu müssen glaubt und aufgrund des Wortes „Sozialismus“ im Namen der Hitler-Partei.[1]

Macht man sich einmal die Mühe, und gibt in ein Internetsuchprogramm die Stichworte „Sozialismus und Nationalsozialismus“ oder vergleichbares ein, so erscheint auf dem Bildschirm ein Vielzahl von entsprechenden Gleichsetzungen aus dem bürgerlichen und auch aus dem rechtsextremen Lager.

Darum, dass die NSDAP aber auch gar nichts mit Sozialismus zu tun hatte, dass ihr „Antikapitalismus“ rein propagandistischer Natur war und der „Sozialismus“ nach Nazi-Fasson von Antikommunisten aus taktischen Gründen in verschiedene Organisationen eingepflanzt wurde – darunter auch in die NSDAP – soll es im folgenden gehen.

Der „Sozialismus“ der NSDAP

Im 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 25. Februar 1920 heißt es: „11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens. Brechung der Zinsknechschaft.“ Außerdem: Verstaatlichung der Trusts (13.) und Gewinnbeteiligung an Großbetrieben (14.).[2] Klassengegensätze wurden von der NSDAP generell in Abrede gestellt, denn „in Deutschland, wo jeder gleiches Blut trägt, der überhaupt Deutscher ist, (...) da kann es keine Klasse geben, da gibt es nur Volk und weiter nichts.“ (Adolf Hitler, 1922)[3] Gottfried Feder, der sich selbst als Wirtschaftstheoretiker der NSDAP begriff, „erfand“ nicht nur die Parole von der „Brechung der Zinsknechtschaft“, sondern auch die krude Trennung von gutem schaffenden und schlechtem raffenden (jüdischen) Kapital. Erläuternd erklärte er, das „raffende“ Kapital sei nicht das Finanzkapital schlechthin, sondern nur das jüdische Bankkapital, „deutsche“ Banken zählten zum „schaffenden“ Kapital, da sie ja produktives Kapital finanziell unterstützten.[4]

Neu an der NSDAP (und vergleichbaren Gründungen) war, so Kurt Gossweiler, dass sie „als radikal antibürgerliche, antikapitalistische Partei auf[trat], als eine Partei, deren Ziel ein ‘nationaler Sozialismus’ sei“. Sie vertrat die „faschistische Paarung von Antisozialismus mit antikapitalistischer Demagogie“, insbesondere solange „ihre Werbung vor allem der Arbeiterschaft galt“,[5] d.h. in ihrer Frühzeit. Diese Indienstnahme einer antikapitalistischen Phraseologie hob beispielsweise ein Justizrat Stolte auf einer Ausschusstagung des „Alldeutschen Verbands“ am 20. Oktober 1918 hervor: „Ich bin derselben Ansicht, dass es nicht darauf ankommt, die Gebildeten zu gewinnen, sondern darauf, die Massen einzufangen.“[6] Ausgeführt wurden diese Gedanken auch vom Chefredakteur der (alldeutschen) „Deutschen Zeitung“ in einem Artikel vom 10. November 1923, als man Hitler fast schon fallenlassen wollte, wegen des als kontraproduktiv angesehenen „Marsches auf die Feldherrenhalle“ („Hitlerputsch“). Er schreibt, weshalb man Hitler einst aufgebaut hatte: „Hitler schien der richtige Mann, die am Kommunismus irregewordene Arbeiterschaft auf den neuen Arbeiter-Nationalismus zu sammeln. dass dieser Arbeitersozialismus anders aussehen und in anderen Formen auftreten mußte, wie der Nationalismus alter Herrenschichten, war selbstverständlich.“[7]



Delegation der NSDAP beim vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund organisierten Deutschen Tag in Coburg 1922

Diese Propaganda ging so weit, dass Oskar Hergt, Vorsitzender der DNVP, Mitte 1922 fürchtete, dass sich diese Agitation nicht nur gegen jüdisches, sondern gegen das Kapital überhaupt auswirken könnte.[8] Diese Befürchtungen zerstreuten sich dann aber rasch. Dazu trugen unter anderem Versicherungen Hitlers gegenüber konservativen Gönnern bei, die sozialen Aspekte des Programms seien nötig, um die Massen zu gewinnen, das Programm könne „nach erreichtem Erfolg preis[ge]geben“ werden.[9]

Ein politischer Pragmatismus mit dem Ziel, möglichst viele verschiedene soziale Schichten an die Partei zu binden, bestimmte Hitler auch noch 1932, als er die Beteiligung der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) am Berliner Verkehrsarbeiterstreik gegen Hindenburgs Kritik verteidigte: „Wenn ich meine Leute von der Beteiligung abgehalten hätte, hätte der Streik doch stattgefunden, aber ich hätte meine Anhänger in der Arbeiterschaft verloren; das wäre auch kein Vorteil für Deutschland.“[10]

Die Alldeutschen als Förderer diverser völkischer „Sozialisten“ ...

Einer der wichtigsten Drahtzieher im Geflecht der völkischen Gruppen und Organisationen war der „Alldeutsche Verband“ (AV), in dem, nach dem Urteil Joachim Petzolds, die „Anfänge des deutschen Faschismus (...) zu suchen“ sind.[11] Dieser völkisch-rassistische Verband war eine durch und durch bürgerliche Honoratiorenvereinigung, die sich keinerlei Sozialdemagogie bediente.[12] Die Koppelung des Antisemitismus mit einem „nationalen Sozialismus“, die der AV, wie wir noch sehen werden, völkischen Gruppen einzugeben versuchte, waren ausschließlich taktischer Natur.

Auch die programmatische Schrift von Claß „Wenn ich der Kaiser wär´“ – 1912 unter dem Pseudonym Daniel Frymann erschienen – gibt sich keinen sozialistischen Anstrich, wenngleich das Großkapital kritisiert, aber letztlich doch akzeptiert wird. Banken förderten schädliche Unternehmen, wie z. B. Warenhäuser, die ihrerseits die Kleinunternehmer ökonomisch bedrohten.[13] Der Einfluss der Großbanken sei durch Kapitalbegrenzung einzuschränken, Warenhäuser hingegen sollten gänzlich verboten werden.[14]

Eine zeitweise wichtige Gruppierung, an deren Gründung die Alldeutschen maßgeblich beteiligt waren, nannte sich „Deutsche Vaterlandspartei“ (*Herbst 1917), die, gesponsert v.a. von der Schwerindustrie, zugunsten des Durchhaltens im Krieg eine Massenbewegung von rechts initiieren wollte. Es sollten „fern allem Parteigetriebe die rein völkischen Ziele des Deutschtums“ propagiert werden, man wollte in die Arbeiterklasse wirken – „Nationalisierung der deutschen Arbeiterschaft“.

Von irgendwelchen sozialistischen Parolen konnte indes keine Rede sein, aber man gründete 1918 eine „Abteilung für Werbung und nationalpolitische Aufklärung der Arbeiter“.[15] Neben der „Deutschen Vaterlandspartei“ leiteten die Alldeutschen auch den „Freien Ausschuß für einen Deutschen Arbeiterfrieden“ an, beide „unmittelbare() Geburtshelfer() der Nazibewegung“.[16]

Eine weitere Gründung unter maßgeblicher Beteiligung der Alldeutschen – gemeinsam mit dem „Reichshammerbund“ und ab Ende 1919 dem „Deutsch-Völkischen Bund“ – fand am 18. Februar 1919 statt: Der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“ hatte vor allem die Aufgabe, die antisemitische Hetze zu befördern. Auch er propagierte die „Brechung der Zinsknechtschaft“, die zum Allgemeingut der radikalen Rechten Weimars geworden war. Zwar verlangte man die Sozialisierung von Banken, Börsen und Großhandel, eines wie auch immer verballhornten Sozialismus-Begriffs bediente man sich aber nicht. Vielmehr handelte es sich bei den ökonomischen Entwürfen der Schutz- und Trutzbündler um ein Kleinbürgeridyll, in dem ihre wirtschaftliche Bedrohung durch Monopolisierungstendenzen zumindest teilweise aufgehoben sein sollte. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund stellte nach seiner Auflösung – 1922 bewirkt durch inneren Zerfall und etliche Verbote – den personellen Grundstock zahlreicher NSDAP-Ortsgruppen.[17]

Unmittelbar nach dem I. Weltkrieg ging es für die Alldeutschen um die Verhinderung des Sozialismus. Nun sollte es „praktisch-demagogisch“ (Claß) gegen Juden gehen.[18] Es wurden daraufhin verschiedenste Versuche mit kleinen rechten Gruppen gemacht, die in die Arbeiterklasse eindringen wollten. Schon Ende 1918 vermeldeten die „Allgemeinen Ordens-Nachrichten“, Nr. 15, eine weitere Gründung, die „Deutsch-Sozialistische Partei“ (DSP), die die kommende pseudoantikapitalistische Argumentation bereits programmatisch vertrat: „... Kapitalismus und Judentum werden unter der Demokratie ihr Haupt höher als je erheben“. „Der Grund des Mißerfolges liegt darin, dass der Kampf gegen jene beiden Mächte bisher getrennt geführt wurde. Beide sind aufs engste verkoppelt.“ SPD-Führer seien Juden und Kapitalisten. „Die Judenkenner aber kämpfen vergeblich gegen das Judentum, weil sie auf dem Boden der kapitalistischen Staatsordnung stehen (...).“ Es brauche daher eine neue Partei, „deutschvölkisch und sozialistisch“.[19] Gegründet wurde die DSP in Hannover unter Vorsitz von Alfred Brunner, ihre Münchner Ortsgruppe leitete seit Mai 1919 Hans-Georg Grassinger unter dem Namen „Deutschsozialistische Arbeitsgemeinschaft“.[20] Die DSP war in verschiedenen Städten vertreten, darunter in Leipzig, Berlin und Düsseldorf. Bei den Reichstagswahlen vom Mai 1920 erhielt sie etwas über 2000 Stimmen.[21] Im Herbst 1922 löste sie sich auf, ihre Mitglieder traten der NSDAP bei.[22]

Zuvor hatte man erste Erfahrungen im Bereich pseudo-sozialistischer Demagogie mit Eduard Stadtler gesammelt. Wolfgang Ruge betrachtet Stadtler als den „ersten deutschen Faschisten“,[23] weil er soziale und nationale Parolen zum Zwecke konterrevolutionärer Mobilisierung miteinander verschmolz und terroristische Formationen gegen die Arbeiterbewegung ins Leben rufen wollte. Stadtler war Generalsekretär der am 1. Dezember 1918 gegründeten „Antibolschewistischen Liga“.[24] Der „Klassenkampf-Sozialismus“ sollte durch einen „christlichen Sozialismus“ mit einer Militärdiktatur ersetzt werden.[25] Antibolschewismus, das ergibt ein Blick auf einige seiner Schriften, war das Hauptanliegen Stadtlers, dafür wollte er der Arbeiterklasse einen anderen Sozialismus verkaufen: „Wir sind das am meisten zur Vergesellschaftung und zum organischen Solidarismus disponierte Volk. (... Das deutsche Volk) wird die soziale Weltrevolution in die nationale Hand nehmen (...).“[26] Wie das aussehen sollte, entwickelte Stadtler in einer späteren Schrift, in der er eine „Werkgemeinschaft“ von Unternehmern, Angestellten und Arbeitern als eine „Selbstverwaltung der Stände“ vorschlug.[27] Speziell in den Januar-Kämpfen 1919 erhielt Stadtler massive finanzielle Zuwendungen aus den Reihen des deutschen Großkapitals; von Personen, die zu einem erheblichen Teil ein Jahrzehnt später bei der Finanzierung der NSDAP wieder erscheinen sollten.[28] Im März 1919 wurde Stadtler als Vorsitzender der „Antibolschewistischen Liga“ abgelöst und seine Adepten nach und nach aus dem Verband gedrängt, der sich in „Liga zum Schutz der deutschen Kultur“ umbenannte.[29] Stadtler wurde später Mitglied des „Stahlhelms“ und der „Harzburger Front“ und war Reichstagsabgeordneter der DNVP. Im Juni 1933 trat er zur NSDAP über.[30]

Eine weitere Gründung aus den selben Kreisen war die „Deutsche Arbeiter- und Angestellten-Partei“ (Anfang 1918). Ihr Chef, Wilhelm Gellert, war der Meinung, eine Honoratiorenorganisation wie die „Deutsche Vaterlandspartei“, könne nicht in die Arbeiterschaft eindringen, dafür bedürfe es vielmehr einer eigenständigen nationalen Arbeiterpartei. Man betrieb Kriegszielpropaganda, die mit sozialpolitischen Forderungen verbunden wurde (Eroberungen kämen auch den Arbeitern zugute, denn sie brächten z.B. günstiges Siedlungsland) und war gegen jede Demokratisierung. „Antikapitalismus“ war insofern in der Propaganda aufzufinden, als er mit Antisemitismus verknüpft war oder als Gegnerschaft zu den Kriegsfeinden Deutschlands auftrat: Kampf dem ausländischen Großkapital, „gegen die Herrschaft des jüdisch-demokratischen Geldsacks!“ Der Agitationspunkt Nr. 1 war mit Abstand der Antisemitismus.[31] Alles in allem war Gellert aber noch kein wirklicher Propagandist eines National-Sozialismus, verknüpften sich bei ihm doch Nationalismus, das Streben nach einer deutschen Vormachtstellung mit einer Gegnerschaft zu klassischen Anliegen der Arbeiterbewegung. Explizit sprach er sich gegen Gewerkschaften wie auch gegen Lohnforderungen oder Mindestlöhne aus.[32]

Auch aus Hamburg meldete sich ein „Deutscher Sozialismus“. Paul Ebert vom „Reichshammerbund“, einer weiteren völkisch-antisemitischen Organisation mit Hauptsitz in der Stadt an der Elbe stellte fest: „Gerade der Deutsche ist von Haus aus Träger des wahren echten Sozialismus (...). Überall ist es die Bereitwilligkeit des Dienstes (...) für andere zu leben, zu arbeiten und wenn es sein muß, sein Leben zu lassen.“ Ein „echter Sozialismus“ sei das deutsche Reich Bismarcks gewesen![33]

Ideologisch führt auch ein Weg zu den Jungkonservativen.[34] Max Hildebert Boehm verband in seinem im August 1919 erschienen „Ruf der Jungen“ Nationalismus mit einem Stände-Staat, den er sozialistisch nannte. Auch sein Programm war antisemitisch und zielte auf die Bekämpfung des Kommunismus, denn „links ist die Gefahr (...) am größten“.[35] In diesen Kreisen wurde zeitweise die eigene reaktionäre Gesinnung nur noch mit dem Wort „Sozialismus“ bemäntelt, ohne dass noch irgendein gesellschaftlicher Ausgleich mit der Arbeiterklasse, geschweige denn die Umwälzung der Verhältnisse auch nur behauptet worden wären. Der „Sozialismus“ Boehms diffundiert in eine ständische Ordnung, in der „Körperschaftsgeist“, „korporative(r) Gedanke“ und „körperschaftlicher Lebenswille“ „auf ein neu gestuftes und gegliedertes Gefüge der Nation (zielen), in dessen Rahmen frei anerkanntes Führertum und menschlich gleichgeachtete, gediegene und gewissenhafte Leistung der Vielen sich gegenseitig bedingen, stützen und tragen“.[36] „Ziel ist die echte Leibwerdung einer lebendig beseelten Volksgemeinschaft.“ Und trotz einiger Kritik war für Boehm das kaiserliche Deutschland bereits eine „Vormacht des Weltsozialismus“, zu bieten hatte es nämlich Lebensmittelrationierung, allgemeinen Arbeitszwang, nationale und soziale Solidarität, Korporativismus, „Wille zur Gefolgschaft, zur Einfügung und zu gliedhaft entsagender Leistung“ sowie Führerschaft.[37]

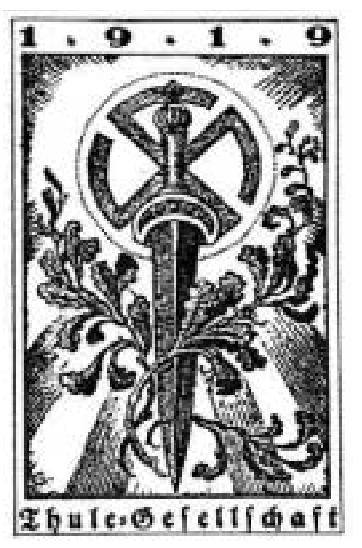
Zu dieser Richtung zählt auch Oswald Spengler, der „den deutschen Sozialismus von Marx“ befreien wollte, wobei ein monarchistischer, autoritärer Staat hätte ‘rauskommen sollen. „Altpreußischer Geist und sozialistische Gesinnung (...) sind ein und dasselbe.“[38] Übrigens war auch Eduard Stadtler ab 1919 Mitglied im jungkonservativen Berliner Juni-Klub.[39] Die Jungkonservativen machten nie den Versuch, zu einer Massenbewegung zu werden. Sie waren eine rechtsintellektuelle Kaderschmiede — auch der NSDAP lieferten sie „Ideen“.

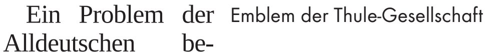
Allerdings hatte es schon sehr viel früher Organisationen gegeben, die sich „nationalsozialistisch“ nannten. In Österreich-Ungarn wurde bereits am 15. November 1903 eine rechtsextreme „Deutsche Arbei-

terpartei“ gegründet, die sich ab dem 5. Mai 1918 „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ (DNSAP) nannte.[40] Das DAP-Programm von 1913 sei dann von der deutschen NSDAP übernommen worden, so jedenfalls prahlte der sudetendeutsche NS-Politiker Franz Jesser.[41] Nach Auflösung der KuK-Monarchie teilte sie sich in einen österreichischen und einen sudetendeutschen Verband. Kontakte zu den Münchener Faschisten bestanden aber wohl erst ab dem Jahreswechsel 1919/1920.[42] Ein unmittelbarer programmatischer Einfluß über die Staatsgrenzen hinweg ist nicht nachweisbar. Ein Zusammenschluß der deutschen, österreichischen und sudetendeutschen Nationalsozialisten wie er auf einer Tagung im August 1920 betrieben wurde, scheiterte an Hitler.[43] Programmatisch waren diese Nationalsozialisten großdeutsch und strikt antisemitisch. Auch sie mißbrauchten den Begriff „Sozialismus“ für ihre Propaganda, vertraten aber eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik, die einen kleinunternehmerischen Kapitalismus gegen Kapitalgesellschaften und Banken erhalten wollte.[44] Die DNSAP hatte ein „starke(s) proletarische(s) Element“: „Die Aufmerksamkeit für Arbeitsbedingungen und die Forderungen der Arbeiter hatten deshalb in der DNSAP immer einen wichtigen Stellenwert. Das erklärt ihre Verankerung in einem Teil der deutschsprachigen Arbeiterbevölkerung der tschechischen Grenzgebiete.“[45] Einer ihrer Theoretiker, Rudolf Jung, sprach von „Gleichberechtigtung“ und „Zusammenfassung aller Schaffenden“, Unternehmer und Bauern, Arbeiter und Angestellte, und er wandte sich gegen „Umsturz und Klassenkampf“.[46] Die Eigentumsverhältnisse sollten in ihrem Kern erhalten bleiben, für die Arbeiter brauche es „eine gerechte Entlohnung“, die zum Leben reichen und nach Tätigkeit, Schwierigkeitsgrad, Aufwand und Qualifikation gestaffelt sein sollte. Auf der anderen Seite sollte, wer „nicht arbeitet, (...) auch nicht essen“.[47] Schädlich für eine völkische Wirtschaft seien Bodenmonopole und der Zins. Sie seien zu reformieren und die „Privatmonopole“ zu vergesellschaften. Zwar sollte es tatsächlich mehr „gesellschaftliche(s) Eigentum“ geben, die „Privatwirtschaft“ aber erhalten bleiben. Auch seine Bodenreform sah keine Sozialisierung des Großgrundbesitzes vor, sondern seine „Enteigung zu gunsten der mittleren und kleineren Grundbesitzer.“[48] Hierin ist also keine grundsätzlich andere Wirtschaftsordnung als die kapitalistische vorgesehen, denn nur jene Großbetriebe, „bei denen der Privatbetrieb das Gemeinwohl schädigt“, wie es in den Parteigrundsätzen heißt, sollten in den Besitz von Staat, Land oder Gemeinde überführt werden. Auch bezüglich der Wirtschaftsprogrammatik war der herbeiphantasierte jüdische Einfluss der Hauptgegner: „Beseitigung der Herrschaft der jüdischen Banken über das Wirtschaftsleben.“[49] 1938 resümierte Rudolf Jung, die DNSAP „hat Zehntausende deutsche Arbeiter den Klauen des Marxismus entrissen“.[50] Am 7. Oktober 1933 wurde die DNSAP verboten; ihre Anhänger wechselten in die erst eine Woche zuvor gegründete „Sudetendeutsche Heimatfront“ unter Konrad Henlein.[51]

... und als Strippenzieher bei der Gründung der NSDAP

Auch die Gründung der NSDAP lief nach diesem Muster ab: Funktionäre aus den reaktionären Verbänden suchten nach Möglichkeiten, die „Massen“, speziell Arbeiter, für eine rechte Politik, fernab der sozialistischen/kommunistischen Arbeiterbewegung, zu gewinnen. Eine für die Frühgeschichte der NSDAP bedeutende Person war der zwielichtige Rudolf Freiherr von Sebottendorff; er zählte sich selbst und die von ihm geleitete Thule-Gesellschaft zu den „Wegbereitern“ der Partei.[52] „Als wir vor fünfzehn und mehr Jahren anfingen, vom Deutschtum und Sozialismus zu sprechen, wurden wir verlacht, Hitler war es, der dem Deutschen die Einheit dieser beiden Begriffe einhämmerte.“[53]

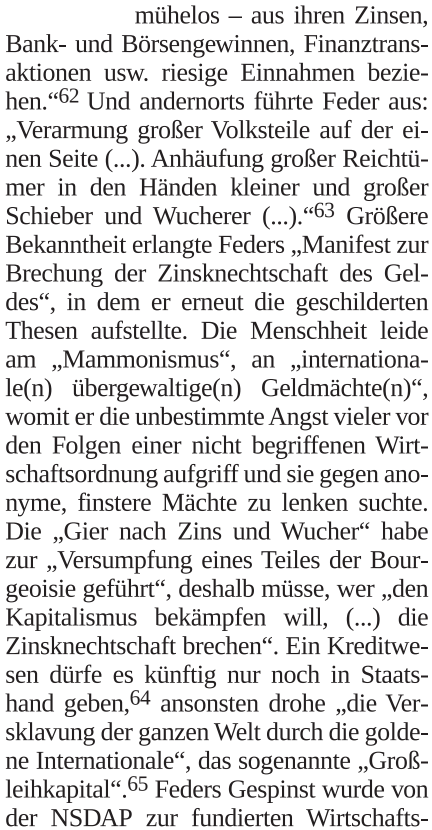



Emblem der Thule-Gesellschaft

Ein Problem der Alldeutschen bestand darin, dass ihre Schriften in den 1890er Jahren nicht in Arbeiterhände gelangten.[54] 1912 wurde der „Germanenorden“ initiiert, ein antisemitischer Geheimbund mit guten Kontakten zum Alldeutschen Verband.[55] 1917 wurde Sebottendorf die „Ordensprovinz Bayern“ übertragen,[56] hier gründete er 1918 die „Thule-Gesellschaft – Orden für deutsche Art“ als neue Ordensbruderschaft, die es kurzzeitig auf 1500 Mitglieder brachte. Es handelte sich um einen esoterischen Verein mit inneren, d.h. eingeweihten, und äußeren Kreisen, der vor allem Antisemitismus propagierte. Sein Symbol war das Hakenkreuz, seine Parole lautete: „Denke daran, dass du ein Deutscher bist“[57] – ganz ähnlich dem ersten Wahlspruch des Alldeutschen Verbandes („Gedenke, dass Du ein Deutscher bist!“).

Als Schriftleiter des Münchner Beobachters (später Völkischer Beobachter, erschien schon damals im Verlag Franz Eher Nachfolger) brachte Sebottendorff 1918 neue Themenschwerpunkte ins Blatt: Blutreinheit, Rassenfrage, Antisemitismus.[58] Ende 1918 wurden die Themen des Beobachters um Antikommunismus ergänzt. Um diese Zeit „entdeckte“ Sebottendorff auch die Talente des künftigen NSDAP-“Wirtschaftsfachmanns“ Gottfried Feder. „Die Vorträge Gottfried Feders ließen einen Plan reifen, der Sebottendorff schon lange bewegte. Er wollte die Arbeiter gewinnen.“[59] Mit der „Brechung der Zinsknechtschaft“ hatte die Propaganda des Münchner Thule-Netzwerkes eine Veränderung erfahren,[60] die es ermöglichen sollte, gegen die Verwerfungen, die der Kapitalismus schafft, anzugehen, und zugleich nicht auf ihn zu verzichten. Weitere Konsequenz war dann die Unterscheidung zwischen „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital. In diesem Sinne begriff der „Münchner Beobachter“ seinen Titel vom 3. September 1919: „Deutschland ist das klassische Land des Sozialismus.“[61]

Diese Gedanken stammten wesentlich von Feder. Am 12. September 1919 referierte er bei der „Deutschen Arbeiterpartei“ (DAP) „Wie und mit welchen Mitteln beseitigt man den Kapitalismus?“ Seine Antwort lautete „Brechung der Zinsknechtschaft“. „Zinsknechtschaft“, so Feder, sei der „Zustand der Völker, die unter der Geld- und Zinsherrschaft der alljüdischen Hochfinanz stehen. (...) In ‚Zinsknechtschaft‘ befinden sich alle, die durch ihre geistige und körperliche Arbeit ihr Brot verdienen müssen, während ihnen gegenüber eine zahlenmäßig kleine Schicht – arbeits- und mühelos – aus ihren Zinsen, Bank- und Börsengewinnen, Finanztransaktionen usw. riesige Einnahmen beziehen.“[62] Und andernorts führte Feder aus: „Verarmung großer Volksteile auf der einen Seite (...). Anhäufung großer Reichtümer in den Händen kleiner und großer Schieber und Wucherer (...).“[63] Größere Bekanntheit erlangte Feders „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes“, in dem er erneut die geschilderten Thesen aufstellte. Die Menschheit leide am „Mammonismus“, an „internationale(n) übergewaltige(n) Geldmächte(n)“, womit er die unbestimmte Angst vieler vor den Folgen einer nicht begriffenen Wirtschaftsordnung aufgriff und sie gegen anonyme, finstere Mächte zu lenken suchte. Die „Gier nach Zins und Wucher“ habe zur „Versumpfung eines Teiles der Bourgeoisie geführt“, deshalb müsse, wer „den Kapitalismus bekämpfen will, (...) die Zinsknechtschaft brechen“. Ein Kreditwesen dürfe es künftig nur noch in Staatshand geben,[64] ansonsten drohe „die Versklavung der ganzen Welt durch die goldene Internationale“, das sogenannte „Großleihkapital“.[65] Feders Gespinst wurde von der NSDAP zur fundierten Wirtschaftstheorie aufgebauscht, wodurch sie ihre po-



litischen Vorstellungen als wissenschaftlich unterfüttert drapieren konnte. Die „Brechung der Zinsknechtschaft" ließ sich wunderbar als passe partout für alle ökonomischen Mißhelligkeiten, die der Kapitalismus bot, gebrauchen, und sie wurde – verknüpft mit einigen sozialistisch tönenden Parolen – zur ökonomischen Seite der nationalsozialistischen Propaganda. Und das gelang, obwohl Feder selbst schon darauf hinwies, seine Idee habe eigentlich gar nichts mit „Sozialismus" zu tun![66]

Thule-Kader Karl Harrer wurde von Sebottendorff instruiert, einen Arbeiter-Ring zu bilden, Feder sollte dort Vorträge halten.[67] Harrer nahm Kontakt zu Anton Drexler auf, der in München einen „Freien Arbeiterausschuß für einen guten Frieden" als Ortsgruppe des „Freien Ausschusses für einen deutschen Arbeiterfrieden" unter W. Wahl aus Bremen gegründet hatte.[68] Drexler war für einen „Sozialismus" und für die Arbeiterschaft, gegen Marxismus und Juden, für ein Zusammengehen von Arbeiterschaft und Bürgertum;[69] auch er war Mitglied der Deutschen Vaterlandspartei.[70] Mit Drexler sammelte man erste positive Propagandaerfahrungen in der Arbeiterklasse mit den Themen Kriegswucherer und Schleichhändler.[71] Der im Oktober 1918 gebildete, im geheimen agierende „Politische Arbeiterzirkel" war aber nur von geringer Bedeutung.[72] Harrer gründete zusammen mit Drexler zunächst den „Deutschen Arbeiterverein" und, nachdem dieser eingegangen war, am 5. Januar 1919 die DAP, die Anfang 1920 in NSDAP umbenannt wurde.[73] Seine politischen Vorstellungen hat Drexler in dem Büchlein „Mein politisches Erwachen" bereits 1919 – noch bevor Hitler auf der Bildfläche erschien – niedergelegt.[74] Drexlers Weltbild setzt sich zusammen aus der Ablehnung eines Verständigungsfriedens und einem radikalen Antisemitismus, der auf den verschiedensten seinerzeit in Umlauf befindlichen Verschwörungstheorien basiert. Z. B. behauptete Drexler, 80 Prozent des deutschen Nationalvermögens befänden sich „in jüdischen Händen".[75] Die „wichtigste Frage unseres politischen Lebens (ist) die Judenfrage".[76] Daneben sei die „Weltfreimaurerei" eine Bedrohung.[77] Im Kampf gegen die Juden sollten die Klassen der Gesellschaft zueinander finden: „Du mußt die Brücke zum Bürger finden, denn Arbeiter und Soldaten, Bürger und Bauern haben alle nur einen gemeinsamen Feind, den kapitalistischen Juden und dessen Trabanten. (...) Nur der christliche Sozialismus wird euch die Kraft geben, den Kampf gegen die materialistisch-talmudische Welthegemonie siegreich zu bestehen."[78]

Charakteristisch sind die Richtlinien der DAP: „Die DAP ist eine aus allen geistig und körperlich schaffenden Volksgenossen zusammengesetzte sozialistische Organisation (...). Die DAP will die Adelung des Arbeiters. Die gelernten und ansässigen Arbeiter haben ein Recht, zu dem Mittelstand gerechnet zu werden. (...) Das Großkapital ist als Brot- und Arbeitgeber zu schützen (...). Die DAP sieht in der Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens einen Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft. (...) Darum darf es nicht Sozialisierung, sondern die Gewinnbeteiligung für den deutschen Arbeiter heißen."[79]

Die Bedeutung der „Thule-Gesellschaft" beim Aufbau der NSDAP wird auch dadurch verdeutlicht, dass aus ihren Reihen verschiedene Parteimitglieder kamen: Die beiden bekanntesten sind Rudolf Heß und Alfred Rosenberg.[80] Aber auch zwei Kader des Alldeutschen Verbandes waren Thule-Mitglieder und als solche am Aufbau der DAP/NSDAP maßgeblich beteiligt: der Verleger völkischer Publizistik Julius Friedrich Lehmann,[81] Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes des Alldeutschen Verbandes,[82] sowie der Ingenieur Paul Tafel, der mit Claß „auf vertrautem Fuße" (Petzold) stand.[83] Ab 1920 war Tafel gar Vorstandsmitglied des Alldeutschen Verbands, außerdem 2. Vorsitzender des „Bayerischen Ordnungsblocks", einer kurzlebigen Vereinigung von 40 antikommunistischen Organisationen.[84]

1920 reiste Hitler zu Claß, dort schwor „er auf den alldeutschen Führer" und gelobte ihm Treue.[85] AV-Forscher Alfred Kruck: „Damals [1921] konnten die Alldeutschen mit Genugtuung von sich sagen, dass sie ‚dem Hitler das Programm zurechtgestutzt' hätten. Ihr Einfluß auf die NSDAP war bis zum Jahre 1923 geradezu entscheidend. (...) Wenn in der Zeit des Dritten Reiches von alldeutscher Seite mehrfach festgestellt wurde, der Nationalsozialismus sei ein Kind des Alldeutschen Verbandes, so kann man dem weitgehend zustimmen."[86] Bei internen Vorträgen der Alldeutschen war zwar die Rede davon, die Arbeiter in eine „Volksgemeinschaft" einzubinden, von einem „Sozialismus" war jedoch keine Rede.[87] Diesen rein taktischen Umgang mit dem Wort Sozialismus wußte Claß auch an Hitler zu schätzen, wie er in seinen Erinnerungen sagte: „Zweierlei machte mich stutzig: die unumwundene Erklärung, dass er sein Programm so, wie er es mir vorgetragen hatte, aus Rücksicht auf die erhoffte Gefolgschaft aus den Massen gestaltet hatte, und dass er bereit war, es nach erreichtem Erfolg preiszugeben."[88]

Ebenfalls eine gewichtige Rolle bei Gründung der DAP/NSDAP kam der Reichswehr zu. In Bayern beobachtete sie die Szenerie auf der Rechten intensiv. Sie hielt Bildungskurse für Soldaten ab. In einem von ihnen begegnete der noch nicht demobilisierte Hitler erstmals Feder. Der Hauptmann der Nachrichtenabteilung Karl Mayr schickte eben jenen Hitler auch als Spitzel der Reichswehr zu einer DAP-Versammlung.[89] Neben Mayr kam ein weiterer Reichswehroffizier zur DAP, 1919 wurde der Hauptmann im Generalstab Ernst Röhm Parteimitglied.[90] Einen wesentlichen Mitglieder- und Zuhörerstamm der jungen NSDAP stellten stets Soldaten. Mit der Implementierung des „Sozialismus" in die Partei hatte die Reichswehr allerdings kaum etwas zu tun.

Ergebnis der Förderung der NSDAP

Trotz all dieser Bemühungen gelang ein nennenwerter Einbruch in die Arbeiterklasse zu Beginn der zwanziger Jahre nicht, was der alldeutsche Strippenzieher Heinrich Claß auch erkannte. Nach einem Treffen mit Hitler und Drexler konstatierte er: „Es gelingt nicht, aus der Arbeiterschaft in nennenswertem Maße Zuzug zu bekommen."[91] Und in einem Schreiben Claß' an Tafel vom 8. Juni 1921 heißt es u.a.: „Es wurde mir gesagt, es lägen Berichte urteilsfähiger Männer aus München vor, die sich dahin aussprächen, dass die Bewegung um Drexler und Hittler (!) dieselbe Entwicklung nehme wie bisher alle sogenannten nationalsozialistischen Versuche: Es gelinge nicht, aus der Arbeiterschaft in nennenswertem Maße Zuzug zu bekommen. Die Anhängerschaft beschränke sich auf kleinbürgerliche Kreise, und in München sei es besonders bedenklich, dass Beamte und vor allem Studenten irre gemacht und mit sozialistischen Gedankengängen verseucht würden."[92]

In der Tat gelang es allmählich, erhebliche Teile des Kleinbürgertums zu gewinnen, sie politisch in Stellung gegen die sozialistische Arbeiterklasse zu bringen und militante rechte Kampfverbände zu bilden. Diejenige Gruppe, der am meisten Publikumserfolg beschieden war und die sich unter all den völkischen Truppen letztendlich durchsetzen konnte, war – die NSDAP. *Frank Pieper* ■

Anmerkungen:

1 Haffner, Sebastian: Anmerkungen zu Hitler, Frankfurt a.M. 1992.
2 Kühnl, Reinhard: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1980 (5), S. 105-108.
3 Gossweiler, Kurt: Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919-1924, Köln 1982, S. 230.
4 Ruge, Wolfgang: Das Ende von Weimar. Monopolkapital und Hitler, Berlin 1989 (2), S. 41.
5 Gossweiler, Kurt: Faschismus und Arbeiterklasse, in: Faschismusforschung. Positionen Probleme Polemik, hrsg. von Eichholtz, Dietrich/Gossweiler, Kurt, Köln 1980 (2), S. 99-124, hier S. 99f.
6 Petzold, Joachim: Claß und Hitler. Über die Förderung der frühen Nazibewegung durch den alldeutschen Verband und dessen Einfluß auf die nazistische Ideologie, in: Jahrbuch für Geschichte, 21, Berlin 1980, S. 248-288.
7 Ebenda, S. 284.
8 Gossweiler: Faschismus und Arbeiterklasse, S. 119.
9 Ruge: Das Ende, S. 40.
10 Gossweiler: Faschismus und Arbeiterklasse, S. 121.
11 Petzold, Joachim: Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978, S. 25.
12 Kruck, Alfred: Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939, Reihe Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Bd. 3, Wiesbaden 1954. Hering, Rainer: Konstruierte Nation, Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939, Reihe

Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, hrsg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Darstellungen, Bd. 40, Hamburg 2003.
13 Claß, Heinrich (Pseud. Daniel Frymann): Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1912, S. 27.
14 Ebenda, S. 60-63.
15 Stegmann, Dirk: Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1919. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte, 12 (1972), S. 351-432, hier S. 385ff.
16 Petzold, Joachim. Die Entstehung der Naziideologie, in: Eichholtz, Dietrich/Gossweiler, Kurt/Ruge, Wolfgang u.a. (Hg.): Faschismus in Deutschland. Faschismus der Gegenwart, Köln 1980, S. 11-34, hier S. 18. Außerdem in: Faschismusforschung, S. 261-278.
17 Lohalm, Uwe: Völkischer Radiaklismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919-1923, Hamburg 1970.
18 Petzold: Die Entstehung, S. 22.
19 Sebottendorff, Rudolf Freiherr von: Bevor Hitler kam. Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung, München 1933, S. 171f. Die" Allgemeinen Ordens-Nachrichten" waren das Organ der „Germanen-Ordens Großloge".
20 Gossweiler, Kurt: Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919-1924, Köln 1982, S. 149.
21 Maser, Werner: Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Stuttgart 1973, S. 228.
22 Ebenda, S. 233.
23 Ruge: Das Ende, S. 31. Zusammengefaßt auch ders.: Monopolbourgeoisie, faschistische Massenbasis und NS-Programmatik in Deutschland vor 1933, in: Faschismusforschung, S. 125-156. Zu Stadtler auch Petzold: Wegbereiter, S. 52-60 und 66-73.
24 Weißbecker, Manfred: Antibolschewistische Liga (AL) 1918-1919, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Köln 1983, Bd.1, S. 66-76, hier S. 66 und 69.
25 Ruge: Das Ende, S. 30f.
26 Stadtler, Eduard: Der Bolschewismus und seine Überwindung, Reihe Revolutionäre Streitfragen, H. 1, Berlin 1918, S. 18.
27 Stadtler, Eduard: Weltkrieg und soziale Frage, Politische Schriftenserie des Bundes der Großdeutschen, H. 5, Berlin 1926, S. 30, 32. Weitere Schriften Stadtlers: Die Diktatur der sozialen Revolution, Leipzig 1920 und Ist Spartakus besiegt? Der Bolschewismus als weltpolitisches Problem, Reihe Revolutionäre Streitfragen, H. 9, Berlin 1919.
28 Ruge: Das Ende, S. 30f.
29 Petzold: Wegbereiter, S. 72.
30 Ebenda, S. 323, 325.
31 Stegmann: Zwischen Repression, S. 392-395, 417ff.
32 Gellert, Wilhelm: Vor grossen Katastrophen. Der deutsche Aufstieg und die germanische Zeit, Naumburg 1922 (2 oder 3, zuerst 1921). Ansonsten war Gellert weniger ein kommender „Arbeiter(ver)führer" als vielmehr ein Obskurant, der sich in beinahe hellseherischen Prophetien erging und behauptete, Deutschland habe den Weltkrieg gewonnen, nun müsse es ihn „auch politisch (...) gewinnen" (ebd., S. 16f.).
33 Ebert, Paul: Der internationale Karl Marx, in: Hammer-Schläge H. 23/24, II, Hamburg 1920, S. 28f.
34 Zu den Jungkonservativen s. Petzold: Wegbereiter.
35 Boehm, Max Hildebert: Ruf der Jungen. Eine Stimme aus dem Kreise um Moeller van den Bruck, Freiburg 1933 (3), S. 54.
36 Ebenda, S. 60f.
37 Ebenda, S. 49f.
38 Petzold: Wegbereiter, S. 74.
39 Ebenda, S. 101.
40 Franz-Willing, Georg: Die Hitler-Bewegung. Der Ursprung 1919-1922, Hamburg/Berlin 1962, S. 92f.
41 Laut Hruska, Emil: Die Anfänge und die Entwicklung der sudetendeutschen nazistischen Bewegung, in: Hochberger, Hunno/Hruska, Emil: Der deutsche Hegemonialanspruch: Gefahr für Mitteleuropa. Thesen zur Entwicklung der (sudeten)deutsch-tschechischen Beziehungen. Ein historisches Lesebuch, Stuttgart 1998, S. 194-203, hier S. 196.
42 Franz-Willing: Die Hitler-Bewegung, S. 92f.
43 Ebenda, S. 97.
44 Jung, Rudolf: Der nationale Sozialismus. Eine Erläuterung seiner Grundlagen und Ziele, Troppau (1920), S. 61.
45 Hruska: Die Anfänge und die Entwicklung, S. 197.
46 Jung: Der nationale Sozialismus, S. 61.
47 Ebenda, S. 65.
48 Ebenda, S. 73f.
49 Parteigrundsätze der deutschen nationalsozialistischen Partei, in: ebenda, S. 93-98.
50 Nach Hruska: Die Anfänge und die Entwicklung, S. 200.
51 Vgl. Hans Hautmann: Sudetendeutscher Nationalsozialismus, in: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft, Nr. 3/02 (http://www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Hautmann_3_02.html).
52 Sebottendorff, Rudolf Freiherr von: Bevor Hitler kam. Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung, München 1933, S. 7. Zur Thule-Gesellschaft Gilbhard, Hermann: Die Thule-Gesellschaft. Vom okkulten Mummenschanz zum Hakenkreuz, München 1994.
53 Ebenda, S. 8.
54 Ebenda, S. 31.
55 Ebenda, S. 33. Gründer waren Hermann Pohl und Theodor Fritsch (Richardi, Hans-Günter: Hitler und seine Hintermänner. Neue Fakten zur Frühgeschichte der NSDAP, München 1991, S. 35).
56 Ebenda, S. 40.
57 Richardi: Hitler und seine Hintermänner, S. 35f.
58 Sebottendorff: Bevor Hitler kam, S. 44.
59 Ebenda, S. 73.
60 Ebenda, S. 103.
61 Richardi: Hitler und seine Hintermänner, S. 318.
62 Ebenda, S. 105f.
63 Ebenda. S. 109.
64 Feder, Gottfried: Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes, München 1920, S. 5ff.
65 Ebenda, S. 37.
66 So in einem Artikel für den Völkischen Beobachter (Nr. 72, 1920, „Innere Geschichte der Brechung der Zinsknechtschaft"): „Ich betone, dass dabei eigentliche sozialistische Gedankengänge in keiner Weise mitsprachen." Zit.n. Feder, Gottfried : Kampf gegen die Hochfinanz, München 1933, S. 11-14.
67 Sebottendorff: Bevor Hitler kam, S. 73.
68 A. Drexler: Mein politisches Erwachen. Aus dem Tagebuch eines deutschen sozialistischen Arbeiters, 1937 (4), S. 34.
69 Richardi: Hitler und seine Hintermänner, S. 63f.
70 Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP, S. 141.
71 Petzold: Die Entstehung, S. 19f.
72 Richardi: Hitler und seine Hintermänner, S. 64.
73 Sebottendorff: Bevor Hitler kam, S. 81. Richardi: Hitler und seine Hintermänner, S. 65f.
74 Drexler: Mein politisches Erwachen. Die 1. Auflage ist von 1919. Die mir vorliegende 4. hat das Manko, dass unnachgewiesen einzelne Stellen verändert wurden. Äußerungen wie „mein() National-Sozialismus" dürften in einer späteren Auflage eingefügt worden sein, da dieser Begriff m.W. in Deutschland Mitte 1919 noch nicht in Umlauf war.
75 Ebenda, S. 51.
76 Ebenda, S. 24.
77 Ebenda, S. 26.
78 Ebenda, S. 48.
79 Maser: Der Sturm , S. 150.
80 Richardi: Hitler und seine Wegbereiter, S. 124.
81 Ebenda, S. 232. Nach Ordenschef Sebottendorff war der sogar das „aktivste und vorwärtstreibende Element" der Thule-Gesellschaft. (Sebottendorff: Bevor Hitler kam, S. 62)
82 Petzold: Die Entstehung, S. 18.
83 Maser: Der Sturm, S. 149. Petzold: Claß und Hitler, S. 257, 262, 265.
84 Hartwig, Edgar: Alldeutscher Verband, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Bd. 1, Köln 1983, S. 13-47, hier S. 38. Tafel verfocht ein ständisches Rätesystem, war deutschnational und antisemitisch. Tafel, Paul: Das neue Deutschland. Ein Rätestaat auf nationaler Grundlage, München 1920. Andernorts (Die Nationalisierung des Bankwesens, München 1921, S. 8) argumentierte er wirtschaftspolitisch wie Feder: Der Staat müsse die Banken nationalisieren und sie dann den „berufsständischen Selbstverwaltungskörpern" überantworten. Hermann Wilhelm behauptet sogar, auch der Vorsitzende der Alldeutschen, Heinrich Claß, sei Thule-Mitglied gewesen. Wilhelm, Hermann: Dichter, Denker, Fememörder. Rechtsradikalismus und Antisemitismus in München von der Jahrhundertwende bis 1921, Berlin 1989, S. 45. Allerdings bleibt er den Beleg dafür schuldig, und so muß diese Information als eher unwahrscheinlich angesehen werden.
85 Kruck: Geschichte, S. 192.
86 Ebenda, S. 193.
87 Claß, Heinrich: Eröffnungsansprache des Vorsitzenden, Justizrat Claß, Berlin o.J. (1933).
88 Petzold: Claß und Hitler, S. 261.
89 Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP, S. 152f.
90 Auerbach, Hellmuth: Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919-1923, Versuch einer Bilanz anhand der neueren Forschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Jg. 25 (1977), S. 1-45, hier S. 16.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Die Kriegsschuld

Junge Freiheit Nr. 48/10 vom 26. November 2010

Verantwortlich für den zweiten Weltkrieg ist Nazideutschland. Diese Tatsache wäre das Blatt gerne los und gräbt nun – wie Frau Steinbach – Dokumente aus, die die angebliche Verantwortung Polens und der USA am Kriegsausbruch belegen sollen. „Historiker im Dienste des US-Geheimdienstes haben die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs massiv zu ihren Gunsten frisiert" titelt das Blatt.

Unklar bleibt, welchen Vorteil die Historiker von dieser Geschichtsschreibung hätten – die USA und alle Mitgliedsstaaten der antifaschistischen Allianz jedoch wären diskreditiert, wenn die Behauptung des Blattes wahr wäre. Das Blatt bezieht sich auf eine „Kommission zur Beratung der Bundesregierung in Fragen der politischen Bildung", die Ende 1960 verhindert haben soll, dass die „Alleinschuldthese" in Frage gestellt und in der politischen Bildung kritisiert werden sollte. Dies sei durch die USA verhindert worden: „Die politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland überwand ihre kurzzeitige Verwirrung und verbreitete weiterhin die Alleinschuldthese."

Hitler ein Gott?

Junge Freiheit Nr. 49/10 vom 3. Dezember 2010

Die Berliner Ausstellung „Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen" veranlasst das Blatt zu einem Titel mit der Überschrift „Hitler – wann lassen wir ihn sterben?" Nun weiß auch das Blatt, dass sich Hitler selbst umgebracht hat – aber die Ausstellung stört das Nationalgedusel des Blattes: „Der Besuch einer biedersinnig-mythisierenden Hitler-Ausstellung wird so zu einem kleinen Gottesdienst, dessen Besucher die pervertierten Restspuren ihres abgelegten Nationalstolzes feiern."

Und auch in diesem Aufsatz versucht das Blatt den zweiten Weltkrieg umzudeuten: „Aus dem Rahmen fällt dagegen, dass keine der nächsten Generationen die zeitliche und sachliche Distanz dazu genutzt hat, um einen neuen Anfang zu setzen, indem sie Hitler historisiert – also seine wissenschaftliche Erforschung aus dem politischen Zweckdenken herauslöst – und seine vermeintliche Omnipotenz in den Kontext internationaler Politik stellt. Jeder Versuch dazu stieß und stößt auf den unerbittlichen Widerstand der politischen Strukturen und Mächte: Zunächst auf der internationalen Ebene, denn der Zweite Weltkrieg war ein gegen Deutschland geführter internationaler Bürgerkrieg, der bis heute sinnstiftend wirkt. Nach 1945 wurde er – Stichwort „Umerziehung" – mit psychologischen Mitteln und mit so großem Erfolg fortgesetzt, dass Angehörige der deutschen Funktionseliten heute seine zuverlässigsten Akteure sind." Das ist eine Neufassung der Vaterlandsverräter-Ideologie – die „Funktionselite" als bürgerkriegsführende Kraft gegen das eigene Land.

Es wird wieder tapfer gestorben

Junge Freiheit Nr. 50/10 vom 10. Dezember 2010

Den Angriff der Taliban am 2. April 2010 auf einen Bundeswehr-Spähtrupp nimmt das Blatt zum Anlass für eine blutrünstige Kriegsreportage. Bei dem Angriff kamen auch Bundeswehrsoldaten ums Leben und Verteidigungsminister Guttenberg bezeichnete den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan erstmals als „Krieg". Später war das Gefecht der Anlass zur Verleihung diverser Orden an die teilnehmenden Soldaten – und auch an die Toten. Das Blatt war bislang skeptisch gegenüber dem Einsatz der Bundeswehr – nun ergötzt es sich am Krieg. Schließlich hat der Taliban-Angriff auch zu einer Aufrüstung der Bundeswehr in Afghanistan geführt, eine von Autoren des Blattes lange erhobene Forderung. *uld* ■

NPD-Mitglieder stimmen für „geeinte Rechte"

In einer Pressemitteilung hat die NPD das Ergebnis der Mitbegliederbefragung zur Frage der Verschmelzung mit der Deutschen Volksunion bekannt gegeben. Das Ergebnis sei eindeutig: „Die im Rahmen des NPD-Verschmelzungsparteitages gewählte Zählkommission konnte 2375 eingegangene Wahlbriefe in Berlin verbuchen. Die Auszählung am Wochenende ergab 2260 Ja-Stimmen für die Vereinigung ... Abgegeben wurden 85 Nein-Stimmen und 30 Stimmzettel waren leer oder ungültig. Somit stimmten 95,16 % der teilnehmenden NPD-Mitglieder für die Verschmelzung."

Parteichef Voigt verkündete das Ergebnis auf dem DVU-Bundesparteitag in Kirchheim (Thüringen) und erklärte vollmundig zum „kleine(n) Superwahljahr 2011" mit mindestens sieben Landtagswahlen: „Bereits bei den Wahlen im Frühjahr in Sachsen-Anhalt wird sich der Synergieeffekt in zusätzliche Zustimmung und somit Wählerstimmen ummünzen lassen. Der Einzug einer NPD-Fraktion in den Magdeburger Landtag würde den notwendigen „Dominoeffekt" für weitere Erfolge der nationalen Opposition auslösen." Ob das so eintrifft, bleibt allerdings abzuwarten.

Zum Israelbesuch von Mölzer, Strache und Co. findet sich auch bereits eine Stellungnahme auf der Webseite, sie bedeute eine neue Phase in der politischen Auseinandersetzung: „Uns von der NPD erfüllt es mit Stolz, daß bei uns noch nicht einmal vorgefühlt wurde, ob wir denn mitreisen wollen. ... Wer um kurzfristiger politischer Vorteile willen Grundsatzpositionen leichtfertig preisgibt, hat seine Glaubwürdigkeit verloren. Mit solchen Leuten kann es keine Zusammenarbeit geben." heißt es.

Quelle website NPD ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Spendenkampagne für die Antifaschistischen Nachrichten

Bisher sind bereits 2235,- Euro eingetroffen. Wir danken allen Spenderinnen und Spendern herzlich. Wir hoffen, das Spendenziel von 3000,- Euro wird bis Jahresende noch erreicht.

Spendenkonto:
GNN-Verlag
Postbank Köln, BLZ 370 100 50
Kto. 10419507